

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal egl. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Rottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf.,
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Veram-
lungsanzeigen 10 Pf., Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 22.

Berlin, den 30. Mai 1908.

24. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Dem 13. Gau und der Zahlstelle Straßburg ist die Genehmigung zur Erhebung eines Sozialbeitrages von 10 Pf. pro Monat ab 1. Juni 1908 erteilt worden.

2. Der Buchbinder Wilhelm Engels, Buch-Nr. 5357, aus Köln a. Rh., wurde in Berlin auf Grund des § 16 b des Statuts aus dem Verbandsverhältnis ausgeschlossen.

3. Einem Mitgliede des böhmischen Buchbinderverbandes, dem Kollegen Jaroslav Slavatský ist in Annaberg irrtümlich eine rote Legitimation zum Bezuge der Reiseunterstützung ausgestellt worden. Sollte diese oder eine daran anschließend ausgesetzte Legitimation bei einer Zahlstelle vorgezeigt werden, bitten wir dieselbe einzuziehen und an uns einzusenden.
Der Verbandsvorstand.

Der Kapitalismus und das Aufsteigen des Arbeiterstandes.

I.

Sechzig Jahre ist es her, daß der Arbeiterstand im „Kommunistischen Manifest“ in einer klaren und eindringlichen Form zum erstenmal die Wege aufgezeigt wurden, welche die Entwicklungsgeschichte des modernen Kapitalismus zu nehmen bestimmt war. Es war im Jahre 1847, als auf einem zu London abgehaltenen internationalen Kongreß die Kommunisten, eine Verbindung, die nach Lage der Situation damals nur geheim sein konnte, Marx und Engels mit der Aufgabe betrauten, ein zum erstenmal für die Öffentlichkeit bestimmtes Parteiprogramm abzufassen. Als Ergebnis dieses Beschlusses erschien dann in den ersten Wochen des Jahres 1848, also vor 60 Jahren, das seither in viele Sprachen überfetzte „Kommunistische Manifest“, das in den Anfängen der modernen sozialistischen Bewegung ein wertvolles Rüstzeug zu unseren Kämpfen und ein wichtiges Agitationsmittel geliefert hat. Und auch heute, nachdem die Entwicklung von mehr als einem halben Jahrhundert darüber hinweggegangen, ist das „Kommunistische Manifest“ mehr als ein bloßes historisches Dokument. Alles das, was die präzise Form seiner Darstellung festgelegt hat als rein entwicklungs-geschichtliche Notwendigkeiten, hat allerdings mancherlei Ergänzungen erfahren, die gerade im Wesen und Inhalt der modernen Gewerkschaftsbewegung gelegen ist, die seither zu einem mächtigen, nicht vorausgesehenen Faktor geworden ist.

Um ein Programm für eine neue, vorwärtsstrebende Klasse zu sein, mußte das „Kommunistische Manifest“ eines: die Tendenzen aufzeigen, die dem Kapitalismus innewohnen, um so dem Proletariat ein Ziel und eine Richtung geben zu können, der es als Klasse zu folgen hat. Aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft war die Bourgeoisie hervorgegangen und sie leitete ihre Herrschaft, begünstigt durch die naturwissenschaftliche Entwicklung, mit der vollsten Ausnutzung aller technischen Hilfsmittel zur Produktion ein, bei der dem Arbeiter lediglich die Rolle des lebendigen Werkzeugs zu-

fiel. Das Reich, das aus dem abgetanen Mittelalter der Romantik und der Knechtschaft in seiner rohen und urwüchsigen Form erstand, war das Neuland der gewerblichen und industriellen Freiheit, in der das liberale Prinzip vom „Spiel der freien Kräfte“ uneingeschränkt galt. Eine Zeit, in der es galt, rasch alle Quellen der Bereicherung auszuschöpfen und in wilder Hast dem einzigen Ziele zuzusteuern, hatte naturgemäß jede Rücksichtnahme auf den Lohnarbeiter, der seine angebliche Freiheit erlangt hatte, vergessen und man sah nicht, wie überall dort, wo der Kapitalismus seine Herrschaft antrat, sich eine neue Form, in mancher Hinsicht viel schrecklicher als die urwüchsige Sklaverei des Mittelalters, ansetzte, die für den Arbeiter das Wort „Freiheit“ zu einer leeren Fiktion werden ließ.

Und aus diesem neuen Milieu heraus konnte das „Kommunistische Manifest“ erklären: „Die aus dem Untergang der feudalen Gesellschaft hervorgegangene moderne bürgerliche Gesellschaft hat die Klassegegenstände nicht aufgehoben. Sie hat nur neue Klassen, neue Bedingungen der Unterdrückung, neue Gestaltung des Kampfes an die Stelle der alten gesetzt.“

Diese neuen Bedingungen, die der aufblühende Kapitalismus in seinem eigentlichen Mutterlande, in England, geschaffen hatte, hat Kautsky in bezug auf ihre Wirkungen mit den zutreffenden Worten in eine klare Beleuchtung gerückt: „... Die Arbeiterklasse verfiel rasch, physisch und moralisch; sie entartete zusehends von Jahr zu Jahr; selbst die stete Auffrischung des Blutes durch das Zufließen der ländlichen Arbeiter in die Fabrikdistrikte konnte den Vernichtungsprozess nicht aufhalten.“ ... Die Baumwollindustrie zählt 90 Jahre.“ Komte ein Redner im englischen Unterhause 1863 ausrufen, „in drei Generationen der englischen Klasse hat sie neun Generationen von Baumwollarbeitern verpestet.“ Und Karl Marx selbst sagt darüber im „Kapital“: „... Die Weltgeschichte bietet kein entzücklicheres Schauspiel als den allmählichen, über Dogenien verschleppten, endlich 1838 besiegten Untergang der englischen Baumwollweber. Viele von ihnen starben den Hungertod, viele vegetierten lange mit ihren Familien mit 2½ d. (24 S.) täglich.“

Akt dagegen wirkte die englische Baumwollmaschinenindustrie auf Ostindien, dessen Generalgouverneur 1834/35 konstatierte: „... Das Elend findet kaum eine Parallele in den Geschäften des Handels. Die Knochen der Baumwollweber bleichen die Ebenen von Indien.“ Und nicht minder trostlos und schrecklich waren die Wirkungen für die Arbeiter überall, wo sich der Uebergang der neuen Wirtschaftsordnung aus den patriarchalischen Zuständen der kleingewerblichen Betriebsweise zum modernen kapitalistischen Großbetriebe vollzog. Das absterbende Handwerk konzentrierte sich entweder in die verborgenen Schlupfwinkel der Hausindustrie, hier die Lohnarbeiter zum langsamen chronischen Hungertode verurteilend, oder aber der Uebergang in manchen Gewerben vollzog sich zur Fabrik rasch und schuf ein gewaltiges Heer von enteigneten, brotlosen Menschen: „... Die moderne Industrie hat so die kleine Werkstatt

des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik der industriellen Kapitalisten verwandelt.“

Und in dieser offensichtlichen Tendenz, die Marx und Engels mit blinder Klarheit aufgezeigt haben, sieht das „Kommunistische Manifest“ die Bedingung für den unaufhaltsamen Niedergang und den Verfall des Proletariats. Sich gegen diese Wirkungen, die der schrankenlose Kapitalismus hervorbrachte, zu wehren, konnte nur einen Verzweiflungskampf bedeuten, der keine bleibenden Dauererfolge hervorbringen konnte. Zu solchen Kämpfen rotteten sich auch wiederholt die geknechteten Lohnarbeiter zusammen und richteten ihre Angriffe nicht gegen die Produktionsform, sondern gegen die Produktionsinstrumente, die sie zertrümmerten und vernichteten. In diesen Emeuten siegen zwar die Arbeiter zeitweilig vorübergehend. Aber das Resultat solcher Kämpfe ist nicht ihr unmittelbarer Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter, die aber immer wieder durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst gesprengt wurde. Und in diesem Gedankenfang, der die Konsequenzen der Fortentwicklung eines schrankenlosen Kapitalismus zeichnet, gelangt das Manifest zu der trostlosen pessimistischen Glendformel: „... Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichthum.“

Seit diese Prognose für den Geschichtsverlauf des Kapitalismus mit so eindringlicher Klarheit gestellt wurde, hat sich das moderne Lohnproletariat gewaltig vermehrt und es hat eine Reihe von schweren, lehrreichen Kämpfen hinter sich. Vor allem jene auf wirtschaftlichem Boden, zu denen sich die Arbeiterschaft in ihren gewerkschaftlichen Organisationen formiert hat, haben an Zahl und Bedeutung gewonnen, die zu einer Zeit, wo das „Kommunistische Manifest“ seine Geburt erlangte, unterschätzt werden mußte. Nicht als ob Marx und Engels damals den psychologischen Faktor, der in der vereinten, durch die Not der Zeit zusammengeschweißten Arbeitermasse liegt, übersehen hätten. Die Widerstandskraft, die daraus den Vereindungs-tendenzen des Kapitalismus erwächst, hat vielmehr Marx in jener in den letzten Jahren viel umstrittenen Stelle des „Kapitals“ deutlich verkündet, wo er sagt: „... Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalismagnaten, welche alle Vorteile dieses (des kapitalistischen) Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Glends, des Drucks, der Knechtschaft, der Degradation, der Ausbeutung, aber auch der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.“ Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses hat in der Tat in den sechs Jahrzehnten, die heute das „Kommunistische Manifest“ alt ist, die Arbeiterschaft geschult und zu einem Faktor gemacht, dessen Stärke und lebendige Willenskraft es verhütet hat, daß die Ver-

elendung bis zu jenem Grade des vollständigen Pauperismus fortgeschritten konnte. Aus den Niederungen des gänzlich sozialen Verfalls hat das Proletariat seinen Aufstieg zum heutigen Gewerkschaftssozialismus gefunden.

Fr. R.

Opfer der Ausbeutung.

Immer ist es nur die Arbeiterpresse, die politische sowohl als auch die gewerkschaftliche, die mit eindringlichen Worten darauf hinweist, daß der ständig steigende Blutstrom der Arbeit hauptsächlich gespeist wird durch die profitgierige Ausbeutungswut der heutigen Unternehmerklasse. Die Preßzeugnisse anderer Richtungen, an deren Spitze neben der Kapitalistenpresse die Organe bürgerlicher Oberbanz, schweigen sich über die Opfer der Arbeit nach besten Kräften aus oder registrieren diese, wenns nur mal nicht anders geht, in verblichener Kürze, um nur ja nicht Stellung nehmen zu müssen zu den Ursachen der Unfälle, die in den meisten Fällen auf mangelnde Schutzvorrichtungen usw. zurückzuführen sind.

Es liegt in der Natur der Sache, daß die täglich erscheinende politische Presse sich dieser Materie mehr widmen kann, als wie die nur wöchentlich oder noch seltener erscheinende gewerkschaftliche. Immerhin dünkt uns, als wenn diesem dunklen Punkt in unserem Berufsleben noch lange nicht die Beachtung zuteil wird, als wie es ihm gebührt. Denn das Leben und die Gesundheit, das einzige, was auf unserer schönen, von einer göttlichen Ordnung beherrschten Welt der Arbeiter sein Eigen nennt, was ihm gelassen werden sollte, das droht er zu verlieren dank der zugefügten Taschen des Staats und der Unternehmerklasse. Würde der Staat seinen Verpflichtungen gegenüber denjenigen nachkommen, die ihn selbst erit erhalten, dann würde den an Zahl jährlich steigenden Unfällen bald ein wirksamer Damm entgegengestellt werden, der zwar geringe Kosten verursachen würde, andererseits aber auch dem Arbeitsmann, der Arbeiterin mehr Schutz und die Gewißheit verleiht, daß er oder sie nicht mehr der schrecklichen Gefahr ausgesetzt sind, vielleicht als bemitleidenswerte Krüppel ihr elendes Dasein zu beschließen.

Aber, wie gesagt, der Staat kennt seine Verpflichtungen nicht, er unterläßt es, einen wirklichen Arbeiterschutz zur Einführung zu bringen, er hört lieber auf die Worte der Unternehmer und Kapitalisten, die alle Schuld und Ursachen von Unglücksfällen den davon Betroffenen und deren Unaufmerksamkeit und Leichtsinnigkeit zuschreiben, die schließlich selbst davor nicht zurückschrecken, wenn es sein müßte, zu behaupten, daß die Arbeiter sich absichtlich zu Krüppeln quetschen ließen, um nur in den Genuß der Rente zu kommen, und dadurch von all und jeder Arbeit befreit zu sein. Und Vater Staat ist ja nur allzu leicht geneigt, sein Ohr willig solchen Einflüsterungen zu leihen und die Affäre ist abgetan.

Den Pflichten der Arbeiter gegenüber dem Staat — und mit einer, einer besseren Sache würdigen Aufmerksamkeit wacht dieser darüber, daß diese bis aufs Tipfelchen über dem i eingehalten werden — stehen wohl auch Rechte gegenüber, die sich auf dem Papier sehr nett ausnehmen, die aber zu benutzen dem Arbeiter teilweise nicht gestattet, teilweise aber auch deren Benutzung hintertrieben wird. Ein derartiges Recht des Arbeiters ist auch das Recht auf Schutz gegen Unfälle jeder Art. Aber was beschränkt sich der hochvermögende Staat um dieses Recht des Arbeiters? Fast keinen Pfifferling. Können die paar Fabrikinspektoren tatsächlich eine wirkliche Inspektion der zu beaufsichtigenden Betriebe vornehmen? Ist es eine wirkliche Beaufsichtigung, wenn ein Betrieb alle Jubeljahre einmal revidiert wird? Die absolute und unzureichende Gewerbeaufsicht ist heute nur eine Skarlatina auf einen

wirklichen Arbeiterschutz, die um so vollständiger und gelingener wird, wenn man die lächerlichen Bestrafungen der gegen den Arbeiterschutz verstößenden Unternehmer mit betrachtet. Der Unternehmer kümmert sich den Teufel darum, ob er zu 10, 20 oder 50 Mark Strafe verurteilt wird. Er versteht es, diese doch wieder nur auf die Schultern der Arbeiter abzumwälzen. Und darum ist der Staat eben mit schuld an den steigenden Unfällen, indem er die gegen ihre Verpflichtungen verstößenden Unternehmer mit einer „Bestrafung“ bedenklich, die eigentlich gar keine Bestrafung mehr ist. Ein Arbeiter, der — schließlich noch dazu gereizt — einem andern Menschen eine Batsche retourniert, fliegt unter Umständen ins Zuchthaus, eine arme Frau, die irgendwo ein Brot stiehlt, um ihren Hunger zu stillen, wandert auf lange, lange Zeit ins Gefängnis, ein Unternehmer aber, welcher täglich neu das Leben und die Gesundheit der Arbeiter aufs Spiel setzt, der leichtfertigerweise oder mit allem Vorbedacht die Arbeiterschutzbestimmungen aus Rücksicht auf seinen Geldsack umgeht, den „bestraft“ man mit ein paar lumpigen Mark, die des Aufhebens nicht wert sind. Das sind die energischen Maßregeln, die unser Staat zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erläßt. Wems da noch nicht klar geworden ist, daß der Staat selbst, d. h. die Regierung, eine tatkräftige Stütze zur Wahrung der Interessen der Unternehmer darstellt, daß er als Arbeiter gar nicht daran zu denken braucht, von der heutigen Regierung unterstützt zu werden, um zu seinen Rechten, in unserm Falle also zu seinem Recht auf Schutz gegen Unfälle usw. zu kommen, dem ist allerdings nicht mehr zu helfen. Diejenigen aber, der Arbeiterklasse des größten deutschen Bundesstaates, welche die Sachlage richtig erkannt haben, die haben ja am kommenden Mittwoch selbst Gelegenheit, ihren Unwillen gegenüber der volksfeindlichen Regierung zum Ausdruck zu bringen und bei der Landtagswahl demjenigen Kandidaten ihre Stimme zu geben, von dem sie wissen, daß er seine vor der Wahl gegebenen Versprechungen auch einhält. Daß unter den reaktionären und bürgerlichen Parteien keine ist, welche dies tut, wissen unsere Leser selbst sehr genau, und es bleibt nur eine Partei, welche als würdige Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft angesprochen werden kann.

Dem Unternehmertum aber kommt es nicht nur nicht darauf an, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Frondienst durch mangelnde Schutzvorrichtungen Leben und Gesundheit aufs Spiel setzen, nein, sie gehen noch weiter und muten denselben Beschäftigungen zu, die gar keine andere Folgen haben können, als Opfer an Blut und Leben. Bereits vor Jahren haben wir Veranlassung genommen, die Beschäftigung von minderjährigen Mädchen an Schnellpressen zu geißeln. Heute ist es nicht diese Maschine, deren Bedienung durch Mädchenhände ein Wort der Kritik herausfordert, sondern es ist eine, welche im Gegensatz zu dieser ganze Arbeit verrichtet: die Schneidemaschine.

Es soll nicht unterjocht werden, an welcher dieser beiden toten Raubtiere schwerere Unfälle möglich sind. So viel steht fest, daß die letztere die gefährlichere ist. Handelt es sich bei der ersteren fast durchgängig nur um Quetschungen usw., bei denen doch immerhin einige Aussicht besteht, daß sie geheilt oder doch wenigstens keine sichtbaren Verwundungen hinterlassen, so verrichtet diese letztere, wie gesagt, ganze Arbeit, indem sie Finger, Hand, Arm usw. glatt abzuschneiden vermag. Erst kürzlich, am Freitag, den 15. Mai, ereignete sich ein solch überaus bedauernswerter Unglücksfall, als dessen Opfer ein junges blühendes Menschenleben, eine 22jährige Arbeiterin aus Eberfeld, anzusehen ist. In lafonischer Kürze berichteten die Wuppertaler Zeitungen vom 16. Mai:

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern mittag kurz vor 12 Uhr in der

Westdeutschen Jünglingsbunddruckerei. Der zweiundzwanzigjährige Ida Weherthal wurden, als sie an der Schneidemaschine beschäftigt war, sämtliche Finger beider Hände abgeschnitten. Auf welche Weise das Unglück entstanden ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Das bedauernswerte Mädchen wurde sofort nach dem Krankenhaus transportiert.

Auf welche Weise das Unglück entstanden ist, konnten wir nicht in Erfahrung bringen! Es mag ja sein, daß irgendwelche unglückseligen Umstände das Unglück zur Folge hatten, die Urheber des Unglücks aber waren jedenfalls diejenigen, welche das unglückliche Opfer kapitalistischer Ausbeutungswut an eine solch gefährliche Maschine stellten. Und bezeichnend ist es, daß ein ausgesprochen christlicher Betrieb, die Druckerei des Westdeutschen Jünglingsbundes es ist, die die Gesundheit der bedauernswerten Arbeiterin auf dem Gewissen hat. Hielt die Westdeutsche Jünglingsbunddruckerei eine Arbeiterin für geeignet, eine Maschine zu bedienen, welche neben ansehnlichen Körperkräften kaltes Blut und starke Nerven erfordert? Oder aber glaubte sie in einer Arbeiterin ein billigeres und willigeres Ausbeutungsgeschöpf zu erblicken? Es scheint so, denn gleich wie in vielen anderen abgeschlossenen Tarifen enthält auch der für Eberfeld-Barmen gültige eine Bestimmung, nach der das Beschneiden als Spezialarbeit bezeichnet und entsprechend höher entlohnt wird, also Gehilfenarbeit ist. Gatten unsere verehrten Kölner Freunde, denen der Betrieb ja nahe steht, auf diesen nicht so viel Einfluß, daß sie es verhindern konnten, daß eine gefährliche Arbeit wie das Beschneiden und Durchschneiden von Bogen nicht von Arbeiterinnen geschah?

Mit dieser Affäre ist aber wiederum der Beweis erbracht, daß der Arbeiter und die Arbeiterin auch von solchen Unternehmern ausgebeutet werden bis aufs letzte, deren christliche Firma etwas mehr Sorgfalt auf das Leben und die Gesundheit der Arbeiter erwarten ließ. Statt dessen sehen wir, daß es gerade solche christliche Firmen sind, die fast mehr als alle anderen Raubbau treiben mit ihren Arbeitern, daß sie die gefügigen und billigen Mädchen ausbeuten bis es, wie Figura lehrte, zu spät ist. Ob wohl die schreckliche Art des Unglücks die Firma von ihrem verwerflichen System abhalten wird, zur Ersparnis der etwas teureren männlichen Arbeitskräfte weibliche Arbeiter an gefährliche Maschinen zu stellen?

Dieser bedauernswerte Vorfall aber zeigt wiederum auch, wie weit unser berühmter Arbeiterschutz vorgeschritten ist. Statt daß man seitens der Regierung, des Staates Maßnahmen erwarten kann, die derartige Fälle u n m ö g l i c h machen, werden der Arbeiterschaft bei dem Bestreben, selbst Hand anzulegen zur Verbesserung solcher Zustände, Handfesseln angelegt. Der Arbeiter, der selbst sich wehrt gegen diese unwürdigen Zustände, der wird mit Geld- und Freiheitsstrafen regaliert, während dem Unternehmer ein schützender Engel mit schießender Browningpistole zur Seite steht.

Unseren Kollegen ist durch den letzten Verbandstag Gelegenheit gegeben, sich vor den Folgen solcher Unglücksfälle in etwas zu sichern, indem dieser beschloß, die fakultative Beitragszahlung zu einer auf dem kommenden Verbandstag zu beschließenden Invalidenunterstützung schon am 1. Oktober des Vorjahres beginnen zu lassen. Der Beitrag hierfür beträgt 15 Pf. pro Woche und steuert hier zu dem Schluß des ersten Vierteljahres nach Inkrafttreten dieser Bestimmung bereits 2017 Kollegen für die Invalidenunterstützung. Wenn man nun beachtet, daß eine längere, mehrjährige Karenzzeit notwendig ist, um in den Genuß der Invalidenunterstützung zu kommen, dann kann es keine dringendere Mahnung an unsere Kollegen geben, soweit dies noch nicht geschehen ist, bereits jetzt schon mit der Beitragszahlung für die Invalidenunterstützung zu beginnen.

München und seine Kartonnagen-industrie.

München —, welcher Kollege, wo er auch weile, denkt nicht bei diesem Namen an das bekannte Münchener Bier, an die reichen Kunstschätze, das zur Begeisterung anfachende Kunstleben der bayerischen Metropole und sieht sich vielleicht im stillen hin nach dem Zar-Athen, in dem seligen Glauben, daß dort, wo die Kunst ihre Stätte hat, auch zufriedenstellende Lohn- und Arbeitsverhältnisse existieren müssen. Auch mir ging es so. Wie habe ich als junger Bursch mich gefehnt nach München, wo habe ich die Stellungsangebote durchgesehen, ob nicht etwas dabei ist, auf das ich reflektieren könne — und nun, da es mir im reiferen Alter gelungen, was ich als Bursch ersehnt — welche Enttäuschung! Vorbei ist der ganze Zauber, verfolgt das Bild, welches mir immer bei Nennung des Namens München vorgeföhwebt. Es war eine Zata Morgana, die mir entwand in demselben Augenblick, als ich mich ihr nahte. Wohl ist das reiche Kunstleben da, die Museen, die Pinakothek (Gemäldesammlung), die Unversität, die prachtvollen Anlagen, das Njartal, die Wenterfchwaiqe, das Oktoberfest, wohl haben wir eine Polizei, die zwar bei der Ergreifung von Schwerverbrechern vollständig versagt, dafür jedoch durch das Totschießen eines betrunkenen Studenten und die nachfolgende Freisprechung des trefflicheren Schützen eine allerdings fragwürdige Verühmtheit erlangt hat, aber das Glend, die Not, die geradezu traurigen Erwerbsverhältnisse lassen dies alles verschwinden vor dem Auge dessen, der gewöhnt ist, hinter der glänzenden Außenfchale des Stadtbildes die sozialen Verhältnisse der Stadt einer eingehenden Betrachtung zu unterziehen.

Wenn man bedenkt, daß in der Großstadt München die Buchbinder, die Kartonnagenarbeiter noch vor 1½ Jahren um einen Minimallohn von 24 Mk. pro Woche kämpfen mußten, daß es noch Firmen gibt, die sich nicht einmal zur Zahlung dieses für hiesige Verhältnisse entschieden zu geringen Lohnes verstehen können, daß selbst tarifstrenge Firmen diesen Lohn um eine Mark erniedrigten für Arbeiter, welche noch nicht ein Jahr in Betriebe beschäftigt sind; wenn man weiterhin bedenkt, daß in den Kartonnagenfabriken am Plage für Lehrlingmädchen und jugendliche Hülfсарbeiterinnen bis vor kurzem noch eine Entlohnung von 2,50 bis 3,50 Mk. pro Woche vorherrschend war, daß man Arbeiterinnen im Alter von 20—40 Jahren im Anfang mit einem Lohn von 1,00—1,10 Mk. pro Tag entlohnt, da muß selbst dem allermindesten Kritiker sozialer Verhältnisse die Zornesröte ins Gesicht steigen, wenn er einseitig genug ist, die gegenwärtigen Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten usw. unter Zugrundelegung der Arbeitslöhne zu prüfen.

Ist schon diese Feststellung an sich genügend, den ganzen Nlitterstaat der Monachia als Plunder erscheinen zu lassen, wie müßte es erst dem Hygieniker ergehen, dem Gelegenheit gegeben würde, einmal in das Innere einer der hiesigen Kartonnagenfabriken zu blicken. Da haben wir die größte Fabrik der Branche, die Firma Nathan Halle, Ringseisstraße 4, mit einem Personal von 60 — bis zeitweise — 80 Personen. Der gesamte Flächeninhalt der Fabrik, den Speicher, die Remise, den Pferdefall, die Kontorräume mit eingerechnet, ist 800 Quadratmeter. Der obere Arbeitsaal mit 15 Arbeitstischen und durchschnittlich 45 Personen Beschäftigung, 2 Bergolberpressen, 1 Balanzier, 2 Heft-, 1 Loch-, 1 Gekkenlebmashine, dazu bis vor kurzem noch drei Zuschneider mit ihren Pappscheren, etwa 1 Duzend Ueberziehmaschinen hat 530 Kubikmeter Rauminhalt, so daß auf jede Person nicht einmal 10 Kubikmeter Luftraum kommt. Dazu kommt die durch das Anbrennen des Leimes, des Leimfessels entstehende Stidluft, eine Sache, die allerdings zu vermeiden ist, jedoch bei dem mit niedrigen Preisen ausgestatteten Affordsystem und der damit verbundenen, zur Erlangung eines einigermaßen anständigen Verdienstes notwendigen Schnellarbeit entschuldbar

erscheint, dann die Ausdünstung der Personen in überfülltem Raum, die Staubeentwicklung der Bergolberpressen beim Trucken sowohl als beim Abpuzen —, dies alles in Betracht gezogen und die Latzache hinzugerechnet, daß feinerlei, auch nicht die primitivste Form von Ventilation vorhanden ist, diesem Staub, dem Dunst, der Stidluft Ausgang zu verschaffen, müßte genügen, einer hochwohlblöblichen Gewerbeinspektion Veranlassung zu tatkräftigem Einschreiten zu geben. Der untere Saal bietet zwar nicht die gleichen traurigen Verhältnisse, ist jedoch durch die in beängstigender Weise dicht beieinander gestellten Maschinen eine ständige Gefahr für die darin beschäftigten Personen. Ist die Passage dort doch nicht anders möglich als durch ein zwischen den Maschinen und unter dem Treibriemen Hindurchfrischen. Zuschneidern und anderen Personen, die in diesem Eldorado der Kartonnagenfabrikation einmal in Arbeit zu treten gedenken, ist anzuraten, zuvor einen Kursus in Parterreakrobatik durchzumachen, und zwar solange, bis sie es bis zum eleganten Salto mortale gebracht haben. Wer aber sich mit Selbstmordgedanken trägt, dem ist Gelegenheit geboten, in besagter Fabrik seine Lunge der Auflösung entgegenzuführen, um so auf eine anständige — (oder unanständige?) — Art aus der Welt zu scheiden.

Nun muß man aber ja nicht glauben, daß diese Firma allein mit solchen kulturwidrigen Verhältnissen aufwarten kann, deren Traurigkeit gewiß jeder zugeben wird, auch wenn er nicht weiß, daß Frauen- und Männergarderobe sich in einem Raum befinden, daß beide Geschlechter einen Abort benutzen; nein, gleiche Verhältnisse haben wir hier in der größten Stadt des Königreiches Bayern noch mehr, aber mag diese Schilderung fürs erste einmal genügen; den anderen Firmen verspreche ich die gleiche Berücksichtigung in einem späteren Artikel.

Für den Unbeteiligten, mehr aber noch für den, der unter ähnlichen oder gleichen Verhältnissen zu leiden hat, muß notwendigerweise die Frage in den Vordergrund treten, ob es denn angängig ist, eine gewiß in unfagbar traurigen Erwerbsverhältnissen lebende Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen einem solchen Glend noch weiterhin auszusetzen, und die Antwort wird und muß sein: Nimmermehr! Hier muß die Organisation einsehen! Hier muß agitiert und organisiert werden. Ein Stück Aufklärungsarbeit liegt hier vor uns; die gewiß wert ist der besten und edelsten Kraft, die bereit ist, an einem Stück Kulturarbeit mitzuarbeiten. Pionierarbeit im wahren Sinne des Wortes.

Wenn dieser Artikel auch nur das erreicht, halbe Mitkämpfer zu tätigen Agitatoren, und wenn auch nur in ihrem internen Kollegenkreise, zu machen, wenn er auch nur das eine zur Folge haben sollte, Kollegen zur Mitteilung von ähnlichen Verhältnissen in anderen Städten zu veranlassen, so ist der Zweck erreicht.

Heraus aus Eurer Interesslosigkeit! Hinein in die Reihen des kämpfenden Proletariats! Vorwärts zum Kampf! Der Sieg muß unser sein trotz alledem und alledem. kam.

Schwindel oder Unfähigkeit im christlichen graphischen Verband?

Gegenüber der gewaltigen Konzentration des Kapitals und dem Empornachen zentralisierter Arbeitgeberverbände ist es eine unabweisbare Pflicht aller Arbeiter und Arbeiterinnen, ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Ueberzeugung, sich gleichfalls in großen, leistungsfähigen Organisationen zusammenzuschließen.

Das ist eine Binsenwahrheit, für die es keinerlei weiterer Beweisführung bedarf, und die von allen wahrhaften Arbeiterfreunden anerkannt wird. Auf diese Grundregel sind alle Einridtungen, ist die ganze Tätigkeit unseres Verbandes zugeschnitten. Es kann uns daher auch nicht gleichgültig sein, wenn unsere Kollegen und Kolleginnen irreföhührt, wenn sie, unter Vorpiegelung falscher Tatsachen, einem Organisationsgängen zugeführt werden sollen, das voll-

ständig ungeeignet und unfähig ist, ihre Interessen zu vertreten.

Ein solches Gebilde ist nun der christliche graphische Verband, dessen offizieller Name schwer festzustellen ist. Sein Organ, die „Graphischen Stimmen“, bezeichnet sich seit seiner Gründung, im April 1905, als „Organ des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen für das graphische Gewerbe“. Vom Oktober 1908 an wurde es plötzlich zum „Organ des Zentralverbandes christlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den graphischen Gewerben und der Papierbranche“. Am 2. Februar 1907 wechselte es abermals seinen Titel und firmierte: „Organ für Vertretung der Interessen der Arbeiter, welche den graphischen und verwandten Berufen sowie der Papierbranche angehören, in Kunstanstalten, Lithographien, Druckereien, Buchbindereien, Kartonnagen- und Papierfabriken, ferner in den Buchdruckereien und genannten Branchen als Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen, Steinsetzler, Farbenreiber usw. beschäftigt sind“. Fürwahr eine buntfchichtige Muffertaste von „verwandten“ Berufen, deren Interessen das edle Organ vertreten wollte. Zwei Monate später, am 30. März 1907, erfolgte wiederum eine Aenderung, jedenfalls, um einem „langgeföhhlten Bedürfnis“ zu entsprechen, und es nannte sich: „Organ für Vertretung der Interessen aller in graphischen Kunstanstalten, Buchbindereien (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelehrten Arbeiter, Hülfсарbeiter und Arbeiterinnen“.

Diese vielfachen Aenderungen könnten zu dem Gedanken veranlassen, man wisse in den betreffenden christlichen Führerkreisen selbst nicht recht, welche Interessen ihr Verband zu vertreten geeignet sei. Das kann stimmen, denn wie soll ein Verbändchen mit 1200—1400 Mitgliedern Einfluß in so verschiedenen Berufen gewinnen können, deren Arbeiter und Arbeiterinnen nach vielen Zehntausenden zählen? Dieser Schwäche sind sich die leitenden Kreise im christlichen Verbändchen sehr wohl bewußt. Daher die Verschleierung selbst gegenüber den eigenen Mitgliedern über den wahren Mitgliederstand und die Miederung desselben nach Berufen. Wieviel Berufszugehörige im Sinne des § 1 unseres Statuts im christlichen graphischen Verband organisiert sind, läßt sich daher auch nicht feststellen. Daß aber ihre Interessen gegenüber denen der Papiermacher, in Tapeten- und Farbenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen usw. usw. schlecht gewahrt werden, geht aus einem äußerst heftigen Zeitartikel in Nr. 15 der „Graphischen Stimmen“ vom Jahre 1907 hervor, der von einem „Stöcker Kollegen“ (wahrscheinlich dem Herrn Dillen, Begründer des christlichen Verbandes) veröffentlicht wurde, und dem sich unmittelbar Reformvorschläge der Kölner Zahlstelle angeschlossen. Das war bedeutungsvoll, da in Köln der Zentralvorstand seinen Sitz und die dortige Zahlstelle die Mitglieder zum Zentralvorstand zu wählen hat. In diesem Artikel hieß es:

Auch das Solidaritätsgeföhhl kann übertrieben werden. Mit Geföhhlen kommt man im Wirtschaftsstreben nicht sehr weit. Die Organisation der Buchbinder ist wahrhaftig noch nicht so weit gediehen, daß dieselben sich den Luxus erlauben dürften, ihre Interessen zurückzustellen und anderen Gruppen von Arbeitern zu helfen. Man spricht soviel von christlicher Nächstenliebe usw. Die christliche Nächstenliebe fängt mit sich selbst an. Was darüber geht, ist Heroismus. In diesem Falle muß man auch auf eigene Erfolge verzichten. Und so weit sind die Buchbinderfolgen noch nicht in den christlichen Tugenden vorgeschritten. Es wäre auch verkehrt.

Es war daher auch eine verdienstvolle Arbeit unseres Redakteurs, als er den in dem Organ jenes Verbändchens, „Graphische Stimmen“ (Nr. 7, 1908), veröffentlichten sogenannten Jahresbericht einer Kritik würdigte. Das war auch um deswegen nötig, als in dem Jahresbericht mit anerkennenswerter Mühnheit vom graphischen Verbändchen behauptet wurde, daß er sich „eine maßgebende Position im Wirtschaftleben errungen“ und daher als „existenzberechtigt anerkannt werden müsse“, während doch gerade der „Jahresbericht“ das Gegenteil lehrt.

Nebenbei gesagt: würde unser Verbandsvorstand den Mitgliedern unseres Verbandes einen solchen „Jahresbericht“ zu unterbreiten wagen, so würde ihm gebührenderweise diese Mißgeburt rechts und links um die Ohren geschlagen werden. Ob sich die Mitglieder im christlichen Verbändchen auf die Dauer solche „Jahresberichte“ seitens ihrer Leitung gefallen lassen, muß beinahe angenommen werden, da die früheren Berichte von gleicher Qualität waren.

Ein Verlegenheitsstammeln in den „Graphischen Stimmen“ war die Antwort auf die Kritik der „Buchbinder-Zeitung“. Durch diese Kritik sollte die „Bedeutung“ des Verbändchens erwiesen sein. Mit

derselben Logik könnten die privaten Schwindel-Krankenfassen auch ihre "Bedeutung" dokumentieren, wenn sie in der Arbeiterpresse nach ihrem wahren Wert bezeichnet werden.

Auf eine nochmalige kurze, aber treffende Replik der „Buchbinder-Zeitung“, glaubten die „Graphischen Stimmen“ zu der alten bewährten Methode rohen Schimpfens und plumpen Schwindels zurückkehren zu müssen, worauf wir folgende Verichtigung an das bezeichnete Blatt einbanden:

9. Mai.

An die Redaktion der „Graphischen Stimmen“, z. B. des Herrn Wenmans

Sölln, Palmstr. 14.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir Sie um Aufnahme folgender Verichtigung des in Nr. 10 der „Graphischen Stimmen“ erschienenen Artikels: „Rechnenschaft“.

Es ist unwahr, daß der Deutsche Buchbinderverband nur ein Barvermögen besitzt, das annähernd 100 000 Mk. beträgt. Wahr ist vielmehr, daß der Deutsche Buchbinderverband mindestens das Dreifache an Barvermögen und sicheren Wertpapieren besitzt. Und zwar laut Abschluß vom 1. Quartal 1908 davon als Vermögen der Hauptkasse rund 177 000 Mark und laut Abschluß vom 4. Quartal in den Lokalkassen 122 649 Mk. Diese Summen haben sich seitdem beträchtlich vermehrt.

Es ist daher auch unwahr, daß auf den Kopf der Mitglieder des Buchbinderverbandes nur ein Betrag von 4,53 Mk. kommt. Wahr ist dagegen, daß auf jedes Mitglied unseres Verbandes ungefähr ein Vermögensanteil von 13,60 Mk. entfällt.

Es ist demnach auch unwahr, daß die Mitglieder des christlichen Verbandes für das graphische Gewerbe sich finanziell bald dreimal so gut ständen als die Mitglieder des Buchbinderverbandes.

Ferner ist unwahr, daß wir unsere Mitglieder durch allerlei Manipulationen über unsere große Schwäche hinwegzutäuschen suchten. Das Gegenteil ist wahr, indem wir durch genaue und wahrheitsgemäße Abrechnungen in unserem Verbandsorgan, der „Buchbinder-Zeitung“, als auch in unseren Jahresberichten unseren Mitgliedern über die gesamte Tätigkeit des Buchbinderverbandes Bericht erstatten.

Nach diesen unwiderleglichen Beweisen ist es also unwahr, daß die Ereignisse des Jahres 1908 noch mehrere Jahre dem „sozialdemokratischen“ Buchbinderverband den Stempel wirtschaftlicher Ohnmacht aufdrücken.

Unwahr ist auch die Bezeichnung unseres Verbandes als „sozialdemokratischer“ Verband. Wahr ist vielmehr, daß wir alle Berufsangehörigen, ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Überzeugung aufnehmen und keinerlei politische Bestrebungen verfolgen.

Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes, v. A.: Emil Roth, Verbandsvorsitzender. Eingeschrieben.

Diese Verichtigung wurde zwar aufgenommen, aber mit der Uberschrift und Einleitung versehen: „Wahr bleibt“, was wir in Nr. 10 der „Graphischen Stimmen“ unter „Rechnenschaft“ geschrieben haben, trotz einer „Verichtigung“, die uns vom Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes zugesandt wurde.“

Sodann wird nach Abdruck unserer Verichtigung auf die Abrechnung unseres Verbandes in Nr. 13, 1908 der „Buchbinder-Zeitung“ bezug genommen, wonach das Vermögen der Verbandskasse Ende 1907 nur 90 437,46 Mk. betragen habe. Wir wissen nun nicht, ob es totale Unfähigkeit der Herren Wenmans oder Suppers — ersterer Sekretär, letzterer Verantwortlicher der letzten Nummer der „Graphischen Stimmen“ und Hauptkassierer — daß sie korrekte Abrechnungen weder zu machen noch zu prüfen verstanden, oder ob sie die Tatsache des Guthabens der Verbandskasse bei den Lokalkassen in Höhe von 41 922,96 Mk., das in der letzten Rubrik jener Abrechnung als: „Am Orte behalten fürs 1. Quartal“ ausdrücklich vermerkt worden war, beobachtet machen unter schlaugen haben.

Uns aber zuzumuten, die niederlichen Abrechnungsmethoden des christlichen Verbändchens anzuwenden, wie uns die Herren annehmen, ist ein starkes Stück. Unsere Abrechnungen sind übersichtlich, wahrheitsgemäß und decken sich mit den Grundrissen, wie sie auch von den anderen, der Generalkommission angehörenden Gewerkschaften zugrunde gelegt werden. Wenn sich die „Graphischen Stimmen“ damit herauszureiben suchen, sie hätten in ihrem Artikel „Rechnenschaft“ nur die Bestände der Verbandskasse gemeint, so stimmt das mit den Tatsachen nicht überein, denn sie behaupteten am 9. Mai ohne jegliche Einschränkung schlankwegs: „Der „allgewaltige“

Buchbinderverband hat ein „Nieskapital“, das annähernd 100 000 Mk. beträgt.“

Könnte man bei allen diesen unwahren Behauptungen des christlichen Organs noch in übermäßiger Milde annehmen, daß dieselben mehr auf die Unfähigkeit der Artikelreiber zurückzuführen sind, so fällt dieser Grund vollständig bezüglich des uns gemachten Vorwurfs weg: wir verächteten unsere Mitglieder durch allerlei Manipulationen über unsere große Schwäche hinwegzutäuschen. In dieser Beziehung haben die „Graphischen Stimmen“ nicht einmal den Versuch gemacht, unsere Verichtigung zu widerlegen, was auch vergebliche Mühe gewesen wäre. Ich stehe daher auch nicht an, die „Musterdristen“ der „Graphischen Stimmen“ der größten wissenschaftlichen Länge zu zeihen, solange sie jenen Vorwurf nicht zurücknehmen. Es scheint allerdings zu den „unberührlischen Menschenrechten“ dieser Maulschreien zu gehören, ihre eigenen Mitglieder durch unwahre Manipulationen über ihre eigene Schwäche hinwegzutäuschen. So stand in dem sogenannten Jahresbericht des Verbändchens von 1905 — wenn man ein krauses Sammelsurium von Zahlen, Behauptungen und Unwahrheiten so nennen darf — der Verband habe es in 1 1/2 Jahren auf 1260 Mitglieder gebracht. Nach dem „Jahresbericht“ von 1906 waren es am Schluß dieses Jahres 1400, macht also die lächerlich geringe Zunahme von 140 Mitgliedern. Und das trotz des „zutage getretenen Entgegenkommens einer Reihe von Unternehmen“, wie er schreibt, an die er sich aber in Wirklichkeit hettend um Einstellung seiner Mitglieder wandte. Um aber seinen Mitgliedern trotzdem das „imponierende Wachstum“ des Verbändchens vorzumontrieren zu können, behauptet er in einem Nachwort zum Jahresbericht wörtlich:

„Was nun die Zahl unserer Mitglieder anbelangt, so mag es nach außen hin den Anschein haben, als ob wir wenig gewachsen wären, in Wirklichkeit aber ist die Tatsache zu konstatieren, daß die früheren Zahlen infolge der beständigen Schwankungen nicht standhielten, während wir jetzt mit feststehenden Ziffern rechnen können, die laut Vergleich mit unserer Klasse sich decken. Die Zunahme an Mitgliedern betrug im verflossenen Jahre nahezu 500.“

Einfach eine köstliche Probe „christlicher Wahrhaftigkeit“ den eigenen Mitgliedern gegenüber. Entweder hat man ihnen im Jahresbericht 1905 360 Mitglieder zubiel vorgegeschwindelt oder die Klassenführung ist eine so lödbrige gewesen, daß man sich um 360 bei insgesamt 900 Mitgliedern verrechnen konnte. Trotzdem konnte dem Zentralkassierer Suppers auf dem Verbandstag in Köln (am 16. September 1906) für „gewissenhafte Klassenführung Dank und Entlastung erteilt werden“, wie es in den „Graphischen Stimmen“, dem offiziellen Verbandsorgan, wörtlich heißt. Man wird daraus ersehen können, welchen Wert man den Angaben in den Jahresberichten beilegen darf.

Man mag eine Nummer der „Graphischen Stimmen“ zur Hand nehmen, welche man will, immer stößt man auf die habendichsten Schwindelnotizen, wenn es sich um unseren Verband oder um die freien Gewerkschaften handelt. So wird in Nr. 11, 1908 den gläubigen Lesern über die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1907 „wahheitsgemäß“ erzählt: „Nach ungefährender Schätzung bleibt der Gewinn der sozialdemokratischen Gewerkschaften unter 10 000 Mitglieder!“ Nein, berechnetes Blatt, nach einer Zusammenstellung des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“ beträgt der Gewinn von 55 freien Gewerkschaften im Jahre 1907 rund 130 000 Mitglieder! Nur von 6 Verbänden fehlten dabei die Resultate. Wäre es da nicht besser, die „Graphischen Stimmen“ würden in „Lügenstimmen“ umgetauft?

Der Hauptschlager darf natürlich in den „Lügenstimmen“ nicht fehlen: die Denunziation unseres Verbandes als „sozialdemokratischen“. Es liegt System darin. Man will durch diese immer wiederholte Behauptung die Behörden auf uns aufmerksam machen, damit wir als politischer Verein angesehen und es uns verwehrt wird, Mitglieder unter 18 Jahren aufzunehmen. Und worauf stützt man sich bei einer solchen Verächtigung? Auf eine Rede, die Unterzeichneter im Jahre 1905 in Hagen gehalten und wonach er gefragt haben soll:

„er sei stolz darauf, Sozialdemokrat zu sein; er sei es nur durch die Gewerkschaft geworden. Er erachte dieses für einen Gewerkschaftler als ganz selbstverständlich und hoffe auch von jedem Mitglied seines Verbandes, daß er daselbe auch sei und außerhalb der Gewerkschaft fleißig für diese einzig wahre Arbeiterpartei Propaganda macht.“ Ich habe zwar nicht gesagt, „nur durch die Gewerkschaft“, wohl aber: „durch meine gewerkschaftliche Tätigkeit hätte ich eingesehen, daß die Arbeiter sich auch politisch betätigen und der Sozialdemokratie anschließen und außerhalb der Gewerkschaft für dieselbe tätig sein müßten. Das

halte ich vollkommen aufrecht. Warum sollte ich nicht so reden? Veröffentlichte doch ein „neutrales“ christliches Gewerkschaftsblatt zur Reichstagswahl 1907 einen Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, in dem es hieß:

Die Befolgung dieser Grundzüge hindert jedoch die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht, außerhalb ihrer Verbände energisch ihre Pflichten als Staatsbürger wahrzunehmen. Nichts wäre verkehrter, als wenn die Arbeiter ihre Tätigkeit bloß auf das wirtschaftliche Gebiet beschränkten; die Gesetzgebung muß vielmehr bei allen sich bietenden Anlässen zugunsten der unteren Volksklassen beeinflusst werden, denn diese bedürfen der Staatshilfe am dringendsten. Und ein solcher Anlaß ist in hohem Maße die Reichstagswahl. Wir erwarten daher, daß unsere Mitglieder sich außerhalb der Gewerkschaften in den bürgerlichen Parteien, denen sie zugehören, energisch betätigen und für die Zusammenfassung eines Reichstages Sorge tragen helfen, der im Sinne der Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften zu wirken gewillt ist.

Und welches war dies christliche Gewerkschaftsblatt, das so schrieb? Die „Graphischen Stimmen“ vom 19. Januar 1907. Also politische Zutreibendienste für die bürgerlichen Parteien darf sich der Gesamtverband christlicher Gewerkschaften, darf sich das Organ des christlichen Verbändchens in offiziellen Aufrufen an ihre Mitglieder leisten, das ist die wahre, die echte, die absolute Neutralität der christlichen Gewerkschaften!

Aber weiter: am 5. Januar 1907 schrieben die „Graphischen Stimmen“ auch:

Unter allen Umständen müssen auch wir Arbeiter unsere Vertretung bei denjenigen Parteien suchen, von denen wir wissen, daß sie für unsere Bestrebungen zugänglich sind. Nicht Scharfmacher noch Phrasenhelden, die mit Schlagern um sich werfen, sondern solche Vertreter können wir brauchen, welche auch bisher praktische Arbeit geleistet und uns so die Gewähr bieten, unsere künftige Forderungen an die Gesetzgebung durchzuführen verfehlen.

Ja, was steht sogar noch in den „Graphischen Stimmen“ vom 23. Mai 1908? Hören wir:

„Auch in Punkt Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit wird heute noch sehr viel geleistet. Der Arbeitgeber, von dem Verbrechen befreit, den Betrieb möglichst gewinnbringend zu gestalten, unterläßt es nur zu häufig, Vorrichtungen zum Schutze der Gesundheit des Arbeiters zu treffen. Wie haben da die Arbeiter nicht durch die Ausdünfte von Chemikalien, ferner infolge großer Hitze usw. zu leiden, ohne daß Vorrichtungen getroffen werden, hier selbst Abhilfe zu schaffen. Kein Wunder, wenn da die Gefahr droht, daß die Fabrikarbeiter von Generation zu Generation körperlich immer mehr geschwächt werden. Mit der Zerrüttung der körperlichen Kräfte hält aber die Zerrüttung der moralischen Kräfte gleichen Schritt.“

Wenn man dies alles berücksichtigt und dabei bedenkt, daß man dem Arbeiterstand auch im öffentlichen Leben die Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen nicht zuerkennen will, so braucht man wahrlich nicht zu fragen, woher der Sturm, der heute durch das Land braust und unserer Zeit die Lösung der sozialen Frage zur Aufgabe gemacht hat.

Nun aber taucht die Frage auf, wer ist es, der hier dem Arbeiter helfen kann und helfen will?

Vielleicht der moderne Staat? Der hat Gendarmen, Gerichtshöfe und Kerker, wenn Ausschreitungen vorkommen, aber er bietet uns herzlich wenig Hilfe gegen die Auswüchse des Kapitalismus.

Vielleicht die sogenannten höheren und gebildeten Klassen der Gesellschaft? Wohl gibt es da Männer, die ehrlich bestrebt sind, der Arbeiterschaft zu helfen, jedoch der größte Teil derselben steht den Arbeitern verständiglos oder direkt ablehnend gegenüber. Am liebsten möchte man den Arbeiterstand unschädlich gemacht wissen, damit sie ungestört genießen können. Wer vermag es da, für die Arbeiterschaft befriedigende Verhältnisse zu schaffen?

Und trotzdem bilden die christlichen Gewerkschaftsführer die Schleppenträger der bürgerlichen Parteien, „die den Arbeitern verständnislos oder direkt ablehnend gegenüberstehen“, trotzdem verhalten sie einem Phrasenhelden wie Behrens in den Reichstags-

Was Herr Behrens für eine Sorte von Arbeitervertreter ist, hat uns Otto Hue in der „Neuen Zeit“ treffend dargelegt. Danach ist gerichtlich festgestellt, daß die administrative Unfähigkeit des Herrn Behrens eine große ist, daß der Herr als „Rein-

mierprotestant" in den Vorstand des christlichen Vergarbeiterverbandes hineinbugigert wurde, um die beherrschende Stellung des Zentrums in dem christlichen Verband zu maskieren, daß nach dem christlichen Organ "Vaugewerkschaft" eine Zerfahrenheit wie nie zuvor herrsche. Aber die glänzende Rolle spielte dieser Stöckerische Jünger, dieser 2. Vorsitzende des christlichen Vergarbeiterverbandes und des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften erst als Reichstagsabgeordneter, indem er mit den schlimmsten Scharfmachern für die Ausschließung der Ausländer vom Vereinsrecht, für den berichtigten Sprachenparagrafen, aber gegen einen Antrag stimmte, der die Gewerkschaften als "nichtpolitische Vereine" angesehen wissen wollte. Deshalb schrieb selbst "Der Bergknappe", Organ des christlichen Gewerkschaften, der Generalsekretär Behrens habe sich in Widerspruch zu seinen gewerkschaftlichen Pflichten gesetzt, er hätte Rücksicht auf die Gewerkschaftsbewegung nehmen müssen, deswegen seien die Mitglieder empört:

"Unsere Mitglieder können nicht dulden, daß Beamte, die von ihnen angestellt, damit sie in der Bewegung für ihre Interessen eintreten, außerhalb der Gewerkschaften auf politischem Gebiet mit an dem Strick drehen, an dem man unsere Bewegung aufhängen kann."

Inzwischen ist dem Herrn Behrens aber wieder ein Vertrauensvotum ausgestellt worden, weil diesen Interessen des Zentrums entsprach, und er ist also nach wie vor eine glänzende Leuchte der christlichen Gewerkschaften, trotzdem er auf politischem Gebiet deren Interessen verrät.

Nur die Rücksicht auf den Raum der "Buchbinder-Zeitung" hält uns ab, diese Proben noch um zahlreiche zu vermehren.

Nun noch einiges zur Tarifpolitik des "maßgebenden" christlichen Verbändchens. Er spielt sich natürlich als ein gewaltiger Beschützer der Tarifverträge und Tarifgemeinschaften auf und als "maßgebender" Verband muß er sich ja auch mit "seinen" Erfolgen brüsten. Dabei läuft er meistens bei unferen Lohnbewegungen als fünftes Rad am Wagen nebenher, wo er aber "aus eigener Kraft" Tarife abschließt, da tragen diese das Merkmal seiner Unfähigkeit und Machtlosigkeit an der Stirn. Nebenher wird in den "Graphischen Stimmen" der blödeste Ansturm und Unverstand verzapft. So finden wir in Nr. 17 (1907) im gewohnten schlechten Deutsch die funktionslose Entdeckung:

„daß in der Geschäftsbücherverbranche, sofern sich dieselbe auf die großen Städte bezieht, z. B. Leipzig, Berlin, Stuttgart, Hannover usw., bereits eine einschneidende Regelung (wenn auch mit schweren Kämpfen) der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch den Korporativvertrag, den sogenannten Dreistädtevertrag gefunden haben.“

Es hiesse die Leser der "Buchbinder-Zeitung" beileidigen, wollte man ihnen ausmändertehen, daß die Kontobuchbranche durch den Dreistädtevertrag so gut wie unberührt bleibt. Aber die Farbenarbeiter, Papierarbeiter, Scheuerfrauen und Lumpensortierinnen, die alle, alle im "großen graphischen" Verbande organisiert sind, werden natürlich solchen Ansturm mit gläubigem Vertrauen hinnehmen und annehmen, die schweren Kämpfe in den genannten Städten seien von dem "maßgebenden" christlichen Verbande ausgetragen worden. Sie ahnten nicht, daß ihr Verbandesekretär und Redakteur, Herr Schwarz, von der Buchbinderei ungefähr soviel verstand, als der Esel vom Lautenschlagen. Derselbe war kein Buchbinder, sondern Lithograph oder Stein-drucker und dient jetzt als ebenso "sachverständiger Sachmann" dem christlichen Steramarbeiterverband.

Aber nun erst die aus "eigener Kraft" geschaffenen Tarifverträge. Da kommt zuerst der Vertrag in Betracht, der mit einer der größten Firmen Regensburgs, der Verlagsanstalt Pustet, die hauptsächlich katholische Literatur verlegt, am 24. Dezember 1906 seitens des christlichen Verbandes abgeschlossen wurde, der "als ein schöner Erfolg unserer jungen aufblühenden Zahlstelle" von den "Graph. Stimmen", dem Organ jenes Verbandes, ausposaunt worden war. In Wirklichkeit war es aber eine Mißgeburt von Tarif, der jedenfalls zeigen sollte, daß man "aus eigener Kraft" auch einen Tarifvertrag abschließen könnte. In diesem Produkt waren Bestimmungen enthalten, die nicht nur aller gewerkschaftlichen Moral zuwiderlaufen, sondern sogar von Unternehmern als unzulässig bezeichnet worden sind. Wir meinen das "Berechnen im gewissen Gelde". Alle Tarifinhalte im Buchdruckgewerbe haben derartige Grundzüge für unzulässig erklärt, und auch in keinem der von unserem Verbande abgeschlossenen Tarife ist bisher eine derartige Bestimmung enthalten, wie im Pustetischen Tarif bezüglich der Wochenlöhne der Arbeiterinnen. Diese famose Bestimmung setzte nämlich nur dem einen Wochenlohn von 10 Mk. für geübte und 5 Jahre im Berufstätige Arbeiterinnen fest, wenn sie eine Mindest-

leistung von 20 000 Bogen, 3 Bruch oftak, zu folgen fertig brachten. Nach dem Allgemeinen Tarif würden sie dafür aber 12 bis 12,60 Mk. bekommen. Auch die Affordpositionen für Frauen waren wesentlich niedriger als wie im Allgemeinen Tarif.

Ihm steht würdig der mit der katholischen Kofel-jeden Buchhandlung in Kempten abgeschlossene Tarif zur Seite. Für männliche Arbeiter wurden Löhne von 12 Mk. an festgesetzt; im fünften Jahr seiner Geschäftstätigkeit bekommt ein gelernter Buchbinder erst 19 Mk., um im 10. Jahre auf den fürstlichen Lohn von 21 Mk. zu steigen. Goldaufträgerinnen erhalten als "geübte" 16 Pf. und als "sehr geübte" 17 Pf. Stundenlohn. Aber erst die Affordlöshne! Da zeigte sich die "Tariftreue" des christlichen Verbandes erst in seiner ganzen Größe. Preisdruckerereien bis zu 50 Proz. unter dem Dreistädte-tarif kommen in diesem Kemptener Muster-tarif vor.

Und dabei wurden die Firmen, mit denen man solche Verträge abgeschlossen, vor- und nachher angelobhudelt, als solche, "die auf der Höhe der Zeit" ständen und die sich daher "Achtung und Ansehen bei ihren Arbeitern verschafft haben".

Freilich, an schlechte Behandlung ist ja der christliche Verband seitens der christlichen Firmen gewöhnt. In der Firma Buchow u. Verker in Reves-laer, Verleger des Heiligen Apostolischen Stuhles, wurden seine Mitglieder rücksichtslos hinausgeworfen; seine Zahlstelle in Nebelaeer ging ein. Herr Heising in Köln, Verleger christlicher Literatur und Zentrumsblätter, nannte den christlichen Verband einen "Lumpenverband". Troßdem blieben der christliche Holzarbeiterverband und das Generalsekretariat seine treuen Kunden.

Zu wundern braucht man sich allerdings über solche Behandlung nicht, denn der christliche Verband ist gezwungen, alle diese Fußtritte geduldig einzusetzen, weil er völlig machtlos ist. Ein Verband, der trotz der geringen Ausgabe von 993,12 Mk. für Maßregelungs- und Streikunterstützung im Jahre 1907 am Schlusse dieses Jahres nur einen Massenbestand von 12 447,71 Mk. aufwies und 1400 Mitglieder haben will, kann keinen Kampf wagen. Er muß seinen Jahresbericht "freieren", er muß mit Erfolgen prahlen, die nicht die seinen sind, um nicht die mißsam zusammengehaltenen wenigen Mitglieder vollends zu verlieren. Begreiflich ist auch, wenn ein solcher Verband Streiks, die er doch nun einmal nicht führen kann, für "Sünde" hält. In Nr. 4 der "Graph. Stimmen" vom 15. Februar 1908 heißt es nämlich wörtlich:

„Weil Sünde in der Welt ist, darum werden wir auch Streik und Aussperrung nicht völlig aus der Welt schaffen. Aber allerdings können wir beide gewaltig einschränken. Und es ist und bleibt unsere dringende Bitte an die Arbeitgeber-organisationen, sich zu friedlichen Verhandlungen mit den Arbeiterverbänden bereit zu finden.“

„Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“ — heißt es in der Bibel. Der Deutsche Buchbinderverband wird trotz des Gefäßes des Moses in Köln unbeitert seinen Weg zur Bewirklichung jenes Bibelwortes fortsetzen. Und unsere christlich gesinnten Kollegen wissen auch, daß bei uns ihre Interessen viel besser gewahrt werden als in jenem gewerkschaftlichen Mißgebilde, daß seine ganze Kraft in Verleumdungen gegen unseren Verband und die wirkliche Arbeiterbewegung erschöpft. Das beweist auch unsere Zunahme im Krisenjahr 1907, die mehr beträgt, als was das ganze christliche Verbändchen an Mitgliedern auf dem geduligen Papier aufzuweisen hat.

Und nicht nur unsere Mitglieder, sondern auch die Berufsaangehörigen überhaupt werden zu beurteilen wissen, ob Schwindel oder Unfähigkeit oder beides zusammen im christlichen Verbändchen die Triebfedern der unwahren Verleumdungen gegen unseren Verband sind. E. Rieth.

Weshalb stockt die Reichs-Sozialpolitik?

Der langsame Gang der Reichs-sozialreform ist geradezu sprichwörtlich geworden. Jahrzehnt um Jahrzehnt vergeht, ohne daß es zu einem größeren Fortschritt käme. Nur dann und wann, etwa, wenn ein Reichstagsneu-wahl bevorsteht, kommt etwas Bewegung in das Getriebe der Sozialpolitik: die Parteien überbieten einander mit sozialpolitischen Anträgen und die Regierung leistet sich eine Abschlagerreform. So ist das Kinderbuchgesetz 1903 zustande gekommen, das noch immer die gewerksmäßige Ausbeutung eigener Kinder vom 10. Lebensjahre und fremder Kinder vom 12. Jahre ab duldet, von einem Verbot der gewerblichen Kinderarbeit aber himmelweit entfernt ist, — ganz zu schweigen von der Ausbeutung der Kinder in der Landwirtschaft und in häuslichen Diensten. Ist aber einmal ein solcher winziger Fortschritt erreicht, dann machen sich

Stemnungen geltend, um die Durchführung des-selben zu verhindern. So muß jedes Stückchen Arbeiter-schutz, jeder Anspruch auf soziale Fürsorge durch die gähe Kraft der Arbeiterorganisation erst aufs neue erkämpft und erzwingen werden!

Zwei Ursachen sind es, die den Fortschritt der deutschen Sozialpolitik hemmen: der Einfluß der organisierten Großindustrieellen und die herrschende Reaktion in Preußen. Es ist schwer zu sagen, welcher von beiden der gefährlichere Feind ist; an Mächtigkeit und Einflußlosigkeit übertrifft aber zweifellos der Typus des preußi-schen Junkers auch den schlimmsten industriellen Scharfmacher. Was indes die Gefährlichkeit der preußischen Reaktion erhöht, das ist der Umstand, daß die Ausführung der sozialpolitischen Gesetze zu einem großen Teil in ihrer Hand liegt und daher alles zu wünschen übrig läßt. Nimmt man hinzu, daß Preußens Minister in der Reichsregierung mehr zu sagen haben, als deren eigene Staatssekretäre, so braucht man sich wirklich nicht mehr zu wundern, weshalb es in der Reichssozialpolitik nicht schneller vorwärts geht. Graf v. Posadowsky war beides, Staats-sekretär und preußischer Minister, — er wußte genau, was dem Minister bevorstand, wenn der Staatssekretär im Reichstage sozialpolitische Hoffnungen erweckte.

Mehr als einmal nahm der preußische Landtag Stellung gegen den sozialpolitischen Geist in der Reichsgesetzgebung, als dessen Repräsentant besonders Graf Posadowsky galt. "Es ist... die höchste Zeit," donnerte am 15. Februar 1906 der Abgeordnete v. Zedlitz, "daß mit dem Charakter-lofen, mit einer Staatskrän, mit einer staats-erhaltenden Politik unvereinbaren bloßen Treiben vor dem sozialideologischen Wände in unserer Reichssozialpolitik ein Ende gemacht wird, daß wieder eine feste und sichere Hand nach festem, festem Ziele das Reichsschiff nach dieser Richtung führt, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, daß es schließlich auf der Klippe der sozial-politischen Vorherrschafft des Proletariats scheitert. Und das kann nur geschehen, wenn der Einfluß des preußischen Handelsministers auf die Sozialpolitik wieder in der Weise gestärkt wird, wie es dem ersten deutschen Bundesstaat und seiner Vertretung gebührt."

Die Richtung, nach der Herr v. Zedlitz das Reichsschiff mit fester Hand gesteuert haben wollte, war die volle Berücksichtigung der Arbeitere-nteressen. Nun kann man zwar keineswegs behaupten, daß diese Interessen jemals bei der Reichs-sozialpolitik unberücksichtigt geblieben wären, selbst nicht im Aufschrei der sogenannten sozialpolitischen Aera. Hatte doch derselbe Graf v. Posadowsky, gegen den sich die Feße der Scharfmacher richtete, den Großindustriellen einen maßgebenden Einfluß auf Handlungen der Regierung gestattet, wie kein Staatsmann vor ihm. Aber es genigte dieser Clique, daß er ein entscheidener Anhänger der Sozialpolitik war, um auf seinen Sturz hinzu-arbeiten. Ein Jahr später erlag er seinen Feinden, und sein Nachfolger besaß sich, das volle Ver-trauen der Arbeitgeber zu erwerben. Die preußi-sche Reaktion feierte mit der verbündeten Groß-industrie ihren Triumph!

Die Hoffnungen der Reaktionenäre auf das preu-ßische Handelsministerium sind begründlich, wenn man sich die Wirksamkeit dieser Behörde näher vor Augen führt. An der Verwaltung der Staats-beverie hat sie hervorragenden Anteil und als Arbeitgeber hat Preußen noch allezeit den ein-gefügten Unternehmern und punkl vertreten. Ihr untersteht ferner die Durchführung und Beaufsichtigung der Arbeiterschutzgesetze, und auch darin hat sie den Arbeitgebern allezeit mehr entgegenkommen bewiesen, als für den Arbeiterschutz und das Ansehen der Gewerbeaufsicht gut war. In der Tat hat das preußische Handelsministerium das Vertrauen der Landtagsreaktion vollauf verdient. Ein preußischer Handelsminister, Herr v. Verlepf, verteidigte 1891 die Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung. Ein anderer preußischer Handels-minister, Herr Müller, erklärte sich in einer Rede zu Köln (1903) als grundsätzlicher Gegner des Maximalarbeitsgesetzes, mit der Motivierung, daß ohne Heberanstrengung sich niemand aus seinen Verhältnissen emporzuarbeiten vermöge.

"Ich behaupte, sehr wenige Menschen gehen an der Arbeit zugrunde, vielmehr aber an Müßiggang."

Man muß schon Unternehmer von Reich und Mut sein, um mit solcher Argumentation den Maximalarbeitsgesetz zu bekämpfen. Derselbe Handels-minister hat es denn auch glücklich fertiggebracht, durch Erlaß den Schutz der Konfektionsarbeiterinnen illusorisch zu machen, indem er den Konfektionsären gestattete, die geschlechtlich an 60 Tagen im Jahre freige-lassene Heberarbeit auf die Sonnabende zu ver-legen. Er war es auch, der es durchsetzte, daß der

Bergarbeiterschutz nicht durch die Reichsgesetzgebung geregelt wurde, sondern der Landesgesetzgebung verblieb, und dann im preussischen Landtag die Bergarbeiter den Unternehmerinteressen preisgab. Erklärte doch Herr Möller die erdrückend hohen Zuwahldatenziffern im Bergbau als Ausfluss einer Art Psychose! Er mußte indes zugeben, daß eine Verschlechterung der Gesundheitsverhältnisse festzustellen habe, und fügte hinzu, er habe es vermieden, diese statistischen Zahlen im Plenum zu erwähnen, weil er habe fürchten müssen, daß daraus Waffen zu einem ungerechtfertigten Angriff gegen die Bergwerksbesitzer geschmiedet werden könnten! Derselbe Möller hat auch 1893 bereits Streiks als eine Art Geisteskrankheit bezeichnet, als „eine Epidemie, die über die Menschen fällt, ohne verständliche Gründe“. Wenn ein Ministerium, das berufen ist, sozialpolitisch zu wirken, in solchem Geiste geleitet wird, so darf man sich über das Stocken der Sozialpolitik im Reiche nicht beklagen.

Auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes zeigt sich Preußens Rückständigkeit, indem es nicht nur das Zustandekommen eines Reichsgesetzes zum Schutze der Bauarbeiter bereitet, sondern auch jede Landesgesetzliche Reform unterläßt. Hier erweist sich die preussische Regierung sogar noch reaktionärer als ihr Dreiklassenparlament, das im März 1903 einen verstärkten gesetzlichen Schutz der Bauarbeiter forderte. Sie ließ erklären, daß sie den Weg der Gesetzgebung nicht für empfehlenswert erachte. Ein einheitliches Gesetz könne den großen Widersprüchen zwischen Stadt und Land, industriellen und ländlichen Bezirken nicht genügend Rechnung tragen, weshalb sie ein Vorgehen im Verwaltungswege vorziehe. Während in Bayern seit 1901 eine amtliche Bautenkontrolle eingeführt ist und auch Arbeiter als Bautenkontrollure angestellt werden, während in Sachsen, Baden, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Neuf und Lüneburg der Bauarbeiterschutz durch Regierungsverordnungen geregelt wurde, begnügte sich die preussische Regierung mit der Veröffentlichung einiger „Grundzüge“, die alles, was auf diesem Gebiete geschehen könnte, in das Ermessen der Polizeibehörden stellten. Ein Erlaß von 1903 regt die Vermehrung des technischen Aufsichtspersonals in den Gemeindeverwaltungen an, damit auch etwas für die Ueberwachung der Bauten geschehen könne, und ein Erlaß von 1907 weist die Regierungsbehörden auf den Erlaß weiterer Polizeiverordnungen hin! Noch im April 1907 lehnte die Regierung im Landtage die Heranziehung von Bauarbeitern zur Kontrolle ab, mit der Motivierung, daß dies zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitern beitragen werde. Der Abgeordnete Hammer (kons.) meinte sogar, das ganze Baugeschäft werde dann in die Hände weniger Arbeiterführer übergehen! Interdies wächst die Zahl der Baumfälle ins Ungeheure. Im Jahre 1906 verunglückten 67 426 baugewerbliche Arbeiter, darunter 1117 tödlich und 12 670 mit länger als 13wöchentlicher Erwerbsunfähigkeit. Unglücksfälle, wie jüngst zu Görlitz, fordern Menschenleben, — aber achlos geht Preußens Regierung an diesen Zuständen vorüber und der Bauarbeiterschutz wartet vergeblich auf seine gesetzliche Lösung!

Und so geht es auch in den übrigen Zweigen des Arbeiterschutzes. Als 1896 vom Reiche die Wäderschutzverordnung erlassen wurde, hatte der preussische Landtag nichts Eiligeres zu tun, als durch Annahme eines Antrages die Regierung aufzufordern, diese Bestimmungen nicht in Wirkfamkeit treten zu lassen. Diese dreifache Einmischung in Reichsangelegenheiten wiederholte sich, als die Reichskommission für Arbeiterstatistik die Einführung des Nachtarbeitsverbotes empfahl. Auf Antrag v. Jedlitz beschloß der preussische Landtag ein Gegenotum und bewirkte dadurch, daß die Regierung anstatt des Nachtarbeitsverbotes den Nachtarbeitsverbot in ihre Vorlage aufnahm. Nicht minder nahm der Landtag Anstoß an dem Schutze der Gast- und Schaustellerangeestellten, indem er den Bundesrat um eine Abänderung der betr. Schutzverordnung im Sinne der Gewährung weiterer Ausnahmen ersuchte. Ueberhaupt sind die Landtagskonservativen geschworene Gegner jedes Maximalarbeitsgesetzes, und sie haben aus dieser Feindschaft niemals ein Fehl gemacht. Ein Bericht der freikonserватiven Partei (1898) verlangt, daß der Gesetzgeber bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sich nicht ausschließlich von dem Gesichtspunkte der Förderung der Lage der Arbeiter leiten lassen dürfe, sondern auch das Wohl der betreffenden Erwerbszweige berücksichtigen müsse. Besonders von der Vollmacht des Bundesrates auf Einführung eines sanitären Maximalarbeitsgesetzes dürfe nur da Gebrauch gemacht werden, wo nicht bloß eine lange Dauer der Arbeitszeit, sondern auch eine Schädigung der Gesundheit infolge dieser langen Arbeitszeit festgestellt sei. — Es erübrigt sich wohl, festzu-

stellen, daß der Bundesrat von seiner Befugnis auch nur in diesem Sinne Gebrauch gemacht hat, aber nur sehr karglichen Gebrauch, denn bis jetzt sind erst 12 Verufe einer solchen Regelung unterworfen, während schon 1897 die deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten für nicht weniger als 127 verschiedene Berufsarten einen sanitären Maximalarbeitsstag als dringlich bezeichneten.

Hinsichtlich der Durchführung und Verwirklichung der Arbeiterschutzes gehört Preußen zu den rückständigsten Bundesstaaten. Seine Gewerbeaufsichtsbeamten sind den Polizeibehörden nachgeordnet und der selbständigen Verfügungsgewalt und Exekutivgewalt beraubt. Jahrelang war ihnen der Kontrolldienst durch die Messelrektion erspart; auch heute noch ist diese Verbindung nicht völlig gelöst. Im Jahre 1906 wurden in Preußen nur 49,7 Proz. aller revisionspflichtigen Fabrikbetriebe kontrolliert, in Sachsen dagegen 69,2 Prozent, in Württemberg 93,5 Prozent, in Hessen 59,3 Prozent. Von den übrigen nichtfabrikmäßigen Betrieben, für welche besondere Arbeiterschutzbestimmungen erlassen sind, wurden 1906 gar nur 8199 = 12,3 Prozent revidiert. Wie kann da im Ernste eine Durchführung des Arbeiterschutzes zu erwarten sein, wenn in Preußen der Fabrikbesitzer nur alle zwei Jahre und der kleine Gewerbetreibende nur alle 8—9 Jahre einmal den Gewerbeinspektor zu sehen bekommt? Gegen die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten hat die preussische Regierung sich am längsten geweigert; auch heute noch die vier weiblichen Assistenten in Preußen noch immer nur versuchsweise eingesetzt, obwohl 1907 nicht weniger als 573 180 erwachsene und 77 367 jugendliche Arbeiterinnen in preussischen Fabriken und Bergwerken beschäftigt waren, und der Handelsminister Möller zugeben mußte, daß die weibliche Fabrikaufsicht sich durchaus bewährt habe. Der neue Handelsminister Delbrück will weibliche Beamte nur in sehr beschränktem Maße zulassen; er erklärte es für geboten, auf diesem Gebiete auch ferner nur langsam und bedächtig vorzugehen.

Daß in Preußen Arbeiter nicht zur Gewerbeaufsicht herangezogen werden, wie dies in Württemberg mit Erfolg geschehen ist, beruht sich danach auf selbst, — ebenso, daß der Anstellung von Werzten bei der Inspektion unüberwindliche Schwierigkeiten bereit werden. Erklärte es doch der Minister Möller (1902) ausdrücklich als eine Gefahr, daß die Werzte den sanitären Gesichtspunkten eine größere Bedeutung beimessen, als den allgemein gewerblichen und wirtschaftlichen. Die Gewerbeaufsicht solle zwar verbessern, aber nur innerhalb der Grenzen, daß die Gesamtheit des Gewerbes nicht geschädigt werde. Die Mitwirkung der Arbeiter bei der Gewerbeaufsicht war mehrfach Gegenstand von Debatten im preussischen Landtage. Stets wurde diese Forderung aus politischen Gesichtspunkten gegen sozialdemokratisch denkende Arbeiter zurückgewiesen. So erklärte 1902 Herr v. Jedlitz: „Das hieße doch einfach die Sozialdemokratie zur Herrscherin unserer ganzen Gewerbebetriebe machen“. 1895 beklundete die Regierung, daß diese Forderung wegen politischer Schwierigkeiten unausführbar sei und Herr v. Delbrück bezeichneter es 1906 als ausgeschlossen, daß Arbeiter zu Trägern der Polizeigewalt des Staates bei der Fabrikaufsicht gemacht werden könnten. — Um die Rückständigkeit dieser Argumentation vollauf zu würdigen, sei daran erinnert, daß in Hessen seit 1900 sogar zum Handels- und Gewerbeministerium Arbeitervertreter, und zwar organisierte Arbeiter, hinzugezogen werden.

Am deutlichsten offenbart sich jedoch Preußens Stellung zur Gewerbeaufsicht durch einen Erlaß des Handelsministers von 1907, wonach die Gewerbeaufsichtsbeamten in Staatsbahnhöfen und in den Werkstätten nichts mehr zu suchen hätten, weil diese Betriebe nach einigen Gerichtsentscheidungen der Gewerbeordnung nicht mehr unterständen. Diese Entscheidung haben die jüdischen Staaten nicht gehindert, ihre Staatsbetriebe freiwillig der Inspektion zu unterstellen. In Preußen benützt der Arbeitgeber Staat die nächste Gelegenheit, um die Gewerbeinspektion über Bord zu werfen. Drastischer kann Preußens Verhältnis zur Sozialpolitik kaum gekennzeichnet werden!

Und dieses arbeiterfeindliche Treiben setzt sich auf allen Gebieten fort; kein Zweig der Sozialpolitik entgeht den Angriffen der preussischen Reaktionäre. Gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter in den Krankenkassen hebt das konservative Schermafantenum des Landtages in unverantwortlicher Weise, und der Reichskanzler stimmte im Herrenhause in diesen Chor ein. Bald wendet sich der Landtag gegen die Ueberhandnahme von Invalidenrenten, halb verlangt er den Wegfall der kleinen Unfallrenten unter 25 Prozent, für die preussische Junker den beschimpfenden Titel „Schnapsrenten“ erfunden haben. Die Arbeitslosenversicherung

ist noch nicht einmal in das Stadium von Regierungserwägungen getreten, und schon donnert im preussischen Landtag Herr v. Burgsdorff, die Arbeitslosenversicherung sei direkt unmoralisch, weil man, solange die Welt bestehe, mit der angebornenen menschlichen Faulheit zu rechnen habe. Der Abgeordnete Jelsch hält sie schon deshalb für unmoralisch, weil man nicht unterscheiden könne, wer arbeiten wolle und wer nicht. So behandeln preussische Gesetzgeber eine Arbeiterschaft, ohne deren Intelligenz und Arbeitseifer die deutsche Produktion niemals ihren geachteten Ruf erreicht hätte, Arbeiter, die sich große Opfer auferlegen, um ihre Arbeitslosen wenigstens vor der drückendsten Not zu schützen! — Der Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung wurde nirgends in so geschäftiger Weise geführt als in Preußen. Heute werden diese Einrichtungen seitens aller ersten Sozialpolitiker als die hervorragendsten Schöpfungen der Arbeiterschaft anerkannt.

Auf dem Gebiete der Wohnungshygiene ist Preußen über einige schwache Anfänge nicht hinausgekommen. Ein Gesetzentwurf von 1904 harret heute noch der Erledigung. Gegen die verhasste Anstellung eines Wohnungsinspektors für Düsseldorf machte der Landtag lebhafteste Opposition, und das Herrenhause konnte sich mit dieser Neuerung erst dann befassen, nachdem der Minister versichert hatte, daß hierbei solche Schäden, wie bei der Gewerbeinspektion, nicht eintreten könnten, wo zuweilen ein übereifriger Gewerbeinspektor die Interessen geschädigt habe, die er wahrnehmen solle. Auch die öffentliche Gesundheitspflege leidet unter dem unheilvollen Einfluß des preussischen Landtags. Er bewirkte, daß bei der Medizinalreform von der Anstellung von Volksärzten abgesehen und die letzteren nur im Nebenannte bestellt wurden, damit diese Leute, „sich nicht mit Dingen beschäftigen, die für einfache Verhältnisse nicht angeeignet seien und die Bevölkerung durch ihre Vorklänge bloß nervös machten“. Herr v. Großmann meinte sogar im Herrenhause: „Die wissenschaftliche Forschung, ins praktische Leben überleitet, könne gerade in den ärmeren Bezirken sehr gefährlich werden“. Noch etwas deutlicher äußerte sich einmal der Kultusminister Vosse über die Aufgabe der Wissenschaft, als er erklärte:

„Man müsse darauf Bedacht nehmen, daß bei der Befandlung von Arbeiterfragen der Standpunkt der Unternehmer etwas mehr als bisher zur Geltung komme, eingebend des Wortes, daß man die Henne nicht schlachten soll, die die goldenen Eier lege.“

Damit ist denn auch Preußens Auffassung vom Wesen der Sozialpolitik zur Genüge dargetan. Es erklärt sich, daß da, wo solche Auffassungen herrschen, soziale Reformen sich nur unter den größten Schwierigkeiten und Reibungen durchsetzen können. Die großen Erwartungen, die die Arbeiterklasse der Tätigkeit des Reichstages des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts entgegenbringt, bleiben unerfüllt, solange der preussische Dreiklassenlandtag vereint mit der Regierung nach Lebenskräften bremst. In diesem Moment ist alle Sozialpolitik ein Stück Verfassungsfrage, eine politische Machtfrage. Will das arbeitende Volk eine großzügige Sozialpolitik, will es ernsthafteste Forderungen des Arbeiterschutzes unter tätiger Mitwirkung von Arbeitervertretern, will es eine demokratische Ausgestaltung der Arbeiterversicherung, will es gesunde wirtschaftliche, soziale und hygienische Verhältnisse im ganzen Reiche schaffen und erhalten, dann muß erst der Feind jedes sozialen Fortschritts überwunden, muß Preußens Landtag eine wirkliche Volksvertretung werden, die die Regierung für ihr Tun und Lassen ernsthaft zur Verantwortung zieht. Ein demokratisches Wahlrecht für Preußen, das ist der Schlüssel aller Sozialpolitik des Reiches, den sich die preussische Arbeiterschaft bei der bevorstehenden Landtagswahl am 3. Juni erkämpfen muß.

Paul Umbreit.

Korrespondenzen.

Gesperret ist Pforzheim.

Schwiez: Gesperret sind die Firmen C. Buder, Buchdruckerei in Luzern, Wwe. Bauners, Geschäftsbücherfabrik in Frauenfeld, und Excoffier, Lithographie in Genf (Genz Bives).

Vor der Arbeitsannahme in Aynba ist bei dem örtlichen Bevollmächtigten Erkundigung nach den Arbeitsbedingungen einzuholen.

Der Stand der Aussperrung in Pforzheim ist nach wie vor unverändert. Streikbrecher haben sich trotz der Bemühungen der Unternehmer nicht gefunden und ist der Zusammen-

halt und die Zuberficht der **Ausgesperrten** nur noch mehr gestiegen.

Zu den bereits in letzter Nummer als resultatlos verlaufen gemeldeten Verhandlungen vor dem Gewerbegericht ist nachzutragen, daß diese von dem mit kaum einem Duzend Personen an der Aussperrung beteiligten christlichen Holzarbeiterverband nachgeprüft worden waren. Der erscheinene Vertreter der Unternehmer lehnte jedoch eine Verhandlung mit diesem Verbands ab, da dieser trotz der in Aussicht stehenden Verhandlungen in der Filiale Bretten der Vereinigten Etuisfabriken „Wühlereien“ gemacht hätte. Zudem erklärte er, einen christlichen Holzarbeiterverband nicht zu kennen und mit diesem nichts zu tun zu haben, sondern nur mit dem großen (Buchbinder-) Verband. Da von diesem aber keine schriftliche Nachsicherung um Verhandlungen vorläge, so müsse er es auch ablehnen, mit diesem zu verhandeln. Dabei blieb er, trotzdem unsere Vertreter, unter diesen Kollege Dietrich-Stuttgart, betonten, jederzeit bereit zu sein, im Interesse des Friedens zu Verhandlungen sich zu stellen. Damit wurden die Verhandlungen abgebrochen und der Kampf geht weiter, und ist Zuzug von Pforzheim unter allen Umständen fernzubahalten. Der Zentralverband der Etuisfabrikanten hat den aussperrenden Firmen Unterstützung zugesagt und verpflichtet er seine Mitglieder, keine Arbeiter und Arbeiterinnen der aussperrenden Betriebe einzustellen.

Aber auch die Arbeiter sind nicht untätig, und wieder ist es Leipzig, welches seinen guten Ruf in bezug auf Solidaritätsbezeugung hochhält. Wie an anderer Stelle der heutigen Nummer ersichtlich, hat das Personal der Firma Hübel u. Dent in Leipzig eine Sammlung veranstaltet, deren Ertrag zu Unterstützungszwecken für die Pforzheimer Ausgesperrten verwendet werden soll. Wenn dieses Beispiel Nachahmung findet, dann wird dadurch bewiesen, daß die Buchbinder jederzeit das Herz auf dem rechten Fleck haben und ihrer zur Abwehr von Verschlechterungen in den Kampf gedrängten Kollegen und Kolleginnen gedenken. Eventuelle weitere Zuwendungen zu diesem Zwecke sind nur an die Verbandskasse zu richten.

Apolda. Die Lohnbewegung in Apolda mußte infolge der am 1. Herrschenden ungünstigen Geschäftslage vorläufig verhalten werden. Die Kartonnagenindustrie ist in Apolda in hohem Maße von dem Beschäftigungsgrad in der Textilindustrie abhängig, da die Erzeugnisse der ersteren zum größten Teil in den am Ort stark vertretenen Textilbetrieben Verwendung finden. Die Textilindustrie liegt zurzeit schwer danieder, so daß es nicht Wunder zu nehmen braucht, daß auch in der Kartonnagenindustrie der Geschäftsgang wenig zufriedenstellend ist. Da die Hoffnung auf eine baldige Besserung sich als trügerisch erwies und die Prinzipale in Apolda einer friedlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht geneigt zu sein schienen, blieb nichts anderes übrig, als eine Vertagung der Bewegung herbeizuführen.

Ein kurzer Rückblick über den bisherigen Verlauf derselben mag uns gestattet sein. Am 18. April hatten wir den Prinzipalen unsere Forderung unterbreitet, auf welche unterm 25. April folgende Antwort einging:

„Wir sind wie bisher gern erbötig, die Wünsche, welche unsere Arbeiter uns gegenüber äußern, anzuhören und nach Möglichkeit zu erfüllen; wir lehnen es aber ab, mit einer allgemeinen oder örtlichen Verwaltung darüber zu verhandeln bezw. einen allgemeinen gültigen Tarif aufzustellen, zumal die Verschiedenartigkeit unserer Betriebe eine gleichmäßige Entlohnung und Festsetzung der Arbeitszeiten usw. gar nicht gestattet.

Hochachtungsvoll

H. Umlauf. S. Preiser. Chn. Zimmermann u. Sohn. R. Städtler. R. Elc. E. Münzel. H. Schlott. S. Voigt. M. Gerede. W. Lind. R. Häfner. K. Müller.

Dieses klassische Dokument wirkt noch viel besser, wenn man weiß, daß einigen der unterzeichneten Herren Forderungen gar nicht gestellt worden waren, da sie nie in die Lage kommen, Gehälften zu beschäftigen.

Eine Unterredung der Kollegen Zinke-Leipzig und Hartmann-Apolda mit dem Bezirksleiter der Innung, Herrn Umlauf, hatte keinen Erfolg, ebenso wenig ein Schreiben, in dem versucht wurde, zu ge-

meinsamen Verhandlungen zu kommen. Die Herren scheuen sich vor gemeinsamen Verhandlungen wie vor dem Feuer und machen allerhand unzutreffende Ausflüchte, um solche zu umgehen. In ihrem Antwortschreiben wird wiederholt versichert, daß sie jedoch bereit seien, berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Im feinen Weg zu einer friedlichen Lösung der Frage unbenutzt zu lassen, wurde in einer Versammlung beschlossen, werkzeuweise vorzugehen, um das Entgegenkommen der einzelnen Herren kennen zu lernen. Dies geschah immer noch in der Hoffnung auf eine zufriedenstellende Regelung der Angelegenheit. Diese Hoffnung mußte jedoch gar bald zu Grunde getragen werden, denn nur drei der Herren Prinzipale bewilligten kleine Verbesserungen, während die Mehrzahl auf später vertröstete oder sich völlig ablehnend verhielt.

Unter den letzteren war es namentlich Herr Gerede, der seinen Leuten mit dem Tone eines kleinen Scharfmachers erklärte: „Ich mache meine Löhne wie ich will.“ „Meine Löhne sind gut.“ „Ja bezahle schon die höchsten Löhne“ usw. Wir möchten dem Herrn empfehlen, doch einmal den Versuch zu machen, mit den von ihm gezahlten Löhnen selbst sein Leben zu fristen. Er würde gar bald einsehen, daß dies bei den Apoldaer Verhältnissen ein Kunststück bedeutet, daß er zu leisten unfähig ist.

Damit waren alle Wege versucht worden, die auch für die Zukunft ein zufriedenstellendes Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehälften gewährleisten konnten. Aus tatsächlichen Gründen mußte zwar zurzeit davon abgesehen werden, den Prinzipalen mit den Nachmitteln der Organisation zu begegnen, aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Zu uns gelegener Zeit werden wir uns wieder rühren, um den kleinen Apoldaer Scharfmachern begrifflich zu machen, daß die Zeiten vorüber sind, in welchen der Arbeiter nur von der Gnade seines „Arbeitgebers“ abhängig war. Die Herren werden dann einsehen müssen, daß sie mit ihren veralteten Ansichten nicht in der Lage sind durchzubringen. Unsere Zeit hat gewaltig aufgeräumt mit den jünsterlichen Anschauungen des Innungsmeisterturns und wird auch dafür sorgen, daß in Apolda die Zöpfe geschnitten werden.

An unseren Kollegen wird es liegen, die kommende Zeit zu reger Agitation auszunutzen, um die Organisation noch mehr zu kräftigen und in den Stand zu setzen, einer neuen Gestaltung der Dinge die Wege zu bahnen.

Apolba. Die Kollegen der Buchbinderei und Linieranstalt von Hob. Gerede haben die Kündigung eingereicht, weil der Firmenehaber dem Verlangen seines Personals, eine anständigere Bezahlung Platz greifen zu lassen, entschiedenen Widerstand entgegensetzte. Herr Gerede bildet sich noch ein, seinen Arbeitern keinen Einfluß auf die fernere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuräumen zu brauchen. Der durchschnittlich gezahlte Lohn beträgt etwa 15—16 Mk. pro Woche. Herr Gerede ist vermessen genug, diese Löhne als gute zu bezeichnen.

Auch in der Kartonnagenfabrik von Zimmermann hat ein Teil des Personals wegen zu schlechten Lohnes gekündigt.

Vor Arbeitsaufnahme in Apolda ist daher erst Erkundigung beim Bevollmächtigten einzuziehen. Es liegt im Interesse der Kollegen, das Elorado Apolda zu meiden. Die Lebensmittelverhältnisse sind hier nicht billiger als in der Großstadt, die Steuern dagegen so hoch, daß wohl kaum die Arbeitererschaft einer anderen Stadt gleich hohe Sätze zu zahlen gezwungen ist. Rechnen wir nun noch dazu, daß meist 11stündige Arbeitszeit besteht, so dürfte alles erwähnt sein, arbeitslose Kollegen zu veranlassen, Apolda zu meiden oder nur da u n Arbeit dort anzunehmen, wenn anständiger Lohn und ebenfolche Arbeitszeit gewährt wird.

Fürth i. B. Endlich nach langer Zeit hatten wir wieder eine gut besuchte Versammlung zu verzeichnen. Die Tagesordnung „Verschmelzung mit Nürnberg“ mag es unseren Mitgliedern angetan haben. Eine Diskussion über obigen Punkt war eine ziemlich lebhaft. Sämtliche Redner sprachen sich gegen eine Verschmelzung aus, weil die Selbstständigkeit der Zahlstelle Fürth gewahrt bleiben müsse. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Zahlstelle Fürth stellt sich auf den Standpunkt, daß die Selbstständigkeit der Zahlstelle Fürth nach wie vor gewahrt bleibt. Des weiteren wünscht die Versammlung, daß der Geschäftsführer Weinländer spätestens mit Quartalschluß die Verwaltungsgeschäfte übernimmt. Ferner trägt die Zahlstelle Fürth denselben prozentualen Beitrag zu den Kosten des Bureaus wie die Zahlstelle Nürnberg. Die Kassengeschäfte der Zahlstelle Fürth müssen auch ferner gesondert geführt werden.“

Nachdem noch Kollege Harzer als Unterstützungszahlender und Kollege Herber als Schriftführer ge-

wählt wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem warmen Appell an die Anwesenden, in Zukunft mehr Interesse dem Verbandsleben entgegen zu bringen.

Berlin. Die Luzuspapierbranche hatte zum 12. Mai eine allgemeine Versammlung für die in der Pressebranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einberufen, welche einen recht guten Besuch aufwies und in der erfreulichsterweise das weibliche Element stark vertreten war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Welche Gefahren drohen der Pressebranche?“ referierte Kollege Würzberger. In seinem einstündigen, sehr beifällig aufgenommenen Referat, ging er in ausführlicher Weise auf die rapide Entwicklung der Luzuspapierindustrie ein und wies darauf hin, daß unsere Unternehmer von Anfang an mit weitsehendem Auge jede technische Erfindung und Verbesserung sofort sich zunutze machen. Während die Arbeiter die ganzen Jahre mit beschränkten Armen teilnahmslos dem allen zugesehen haben. Dieses ist den Unternehmern gut zu staten gekommen und haben sie jetzt eine Hebellegenheit über die Arbeitererschaft erlangt, welche es der letzteren schwer macht, den Einfluß auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen, welcher ihr gebührt und der durchaus notwendig ist, um die ohnehin sehr im argen liegenden Arbeitsverhältnisse in normale und menschenwürdige Bahnen zu bringen. Aber nicht genug mit der schrankenlosen Ausbeutung im Betriebe geht man immer mehr dazu über, die Heimarbeit und das Zwischeneinstreusystem einzuführen und müssen wir ein sehr wachames Auge darauf haben, um großen Schaden von der Branche fernzubahalten. — Sind wir weiter keine Feinde der Frauenarbeit, so dürfen wir es doch keineswegs gleichgültig hinnehmen, daß man männliche Kräfte fortgesetzt entläßt und weibliche an ihre Stelle setzt, nur weil diese di Arbeit billiger machen. — Unsere erste Aufgabe demgegenüber muß natürlich sein, die Organisation in intensiver Weise zu stärken, daß wir jeder drohenden Gefahr furchtlos entgegengehen können. Beim zweiten Punkt: „Wahl einer Tarifkommission“, wurde nach kurzer Debatte beschlossen, sieben Mitglieder zu derselben zu wählen und wurden hierzu die Kollegen Karl. Haberland, und in den Kollegen Janitsch, Sprechel, Kempte, Kaufmann, Wajits und Jakob delegiert.

Eine lebhafteste Debatte rief noch die Anstiehe des „Amfbaucens“ hervor, welches noch immer in starkem Maße unter den Kollegen üblich ist. Noch schärfer wurde aber das verurteilt, daß manche Kollegen so lange sich unter der Hand nach einer anderen Stelle umsehen, bis sie etwas gefunden haben und dann sofort in eine andere Bude hineingeschoben werden.

Von der Maifeier ist zu berichten, daß die Beteiligung an derselben gegen das Vorjahr etwas stärker war. Leider haben wir nur von 18 Betrieben die Fragebogen retourniert erhalten. Es ist beschämend, daß von circa 60 Betrieben so wenig Vertrauenspersonen es der Mühe wert gehalten haben, einen Bericht darüber zu geben. Denn das sollten doch alle wissen, daß selbst diejenigen einen Bericht zu geben haben, in deren Betriebe nicht gefeiert wurde. In den 18 Betrieben wurden 328 Arbeiter und 797 Arbeiterinnen beschäftigt, von denen 220 der letzteren und 255 der letzteren organisiert waren. Ganz gefeiert haben in 11 Betrieben 90 Kollegen und in 9 Betrieben 161 Kolleginnen, d. h. circa 22 Proz. der Beschäftigten. Außerdem feierten noch in 2 Betrieben 7 Kollegen und 33 Kolleginnen einen halben Tag. Gemäßregelt wurde niemand. Lebhaft Klage geführt wurde in unserer letzten Delegiertenversammlung darüber, daß in einigen Betrieben die dort Beschäftigten frei bekamen, jedoch nicht feierten, während eine ganze Menge der Feiernenden wiederum nicht die Versammlung besuchten. Eine solche Handlungsweise wurde alsfaßig auf das schärfste verurteilt, neungleich auch davon abgesehen wurde, schärfere Maßregeln gegen diese zu ergreifen, wie von einigen Seiten vorgeschlagen worden war.

Auch die am 19. Mai d. J. mit derselben Tagesordnung einberufene Versammlung der Präger und Prägerinnen erfreute sich eines sehr guten Besuches, und wurde das Referat des Kollegen Lippold, das im wesentlichen sich in denselben Bahnen wie das in der Presseversammlung vom Kollegen Würzberger gehaltene bewegt, mit großem Beifall aufgenommen. Anschließend folgte dann noch eine recht ege Diskussion, in der durch Schilderungen aus den einzelnen Werkstätten die drohenden Gefahren und verschiedene Mißstände wesentlich bestätigt wurden. Leider läßt der Organisationsgedante bei den weiblichen Beschäftigten noch viel zu wünschen übrig, so daß es auch den männlichen Beschäftigten dadurch oft nur zu unmdglich ist, energisch gegen die Uebelstände anzukämpfen. Sind doch von den an unserer letzten Statistik Beteiligten 300 Prägerinnen und 200 Prägern nur 17,3 Prozent der ersteren organisiert, während bei den männlichen immerhin schon 55 Pro-

zent zu verzeichnen waren. Allerdings bleibt selbst dieser relativ hohe Prozentfuß noch immer hinter dem der Gesamtzahl der männlich organisierten unserer Statistik zurück. Denn diese betrug bei den 700 Arbeitern 57 Proz., während bei den 2100 weiblichen auch noch 37 Proz. organisiert waren; also auch bei den letzteren ein wesentlich höherer Prozentfuß, als bei denen der Trägerinnen. Diese deutlich sprechenden Zahlen zeigen uns aber die überaus hohe Notwendigkeit einer viel intensiveren Agitation als sie bisher, insbesondere von Mund zu Mund, betrieben wurde. Wie sehr gerade die Trägerbranche unter der modernen Maschinentechneik zu leiden hat, ist jedem zu genau bekannt und braucht hier nicht nochmals erläutert zu werden. Sind doch beispielsweise von den 300 Trägerinnen 80 also 27 Proz. an Mäh- und Revolverpressen beschäftigt. Nicht genug aber, daß man an diese modernsten Konformenzmaschinen nur weibliche Personen stellt, sucht man auch selbst an großen Dampfbalanziers immer mehr die Männer zu verdrängen. Waren doch 75 von den erwähnten 300 Trägerinnen, also 25 Proz., an großen Dampfbalanziers beschäftigt.

Aufgemuntert durch die bisherige ziemlich große Interessenlosigkeit sucht man sehr häufig die Preise zu drücken, was durch die schlechte Geschäftslage und schwache Organisation manchmal zu leicht gelingt. Von einem alten Kollegen wurde in drastischer Weise dargelegt, daß bei Preisreduzierungen sich viele damit von jeder zufrieden gaben, daß sie durch intensiveres „Schuften“ soviel mehr prägten, daß sie bei den so reduzierten Preisen noch denselben Lohn erzielen, und seien so viele Träger selbst daran schuld, daß in systematischer Weise unsere Arbeitsverhältnisse verschlechtert wurden. Geradezu haarsträubende Zustände wurden noch aus einer sehr berücksichtigten und bekannten Firma ausführlich zur Sprache gebracht, auf die wir aber besser gelegentlich ausführlich allein eingehen.

Mit dem Appell, gerade durch diese Schikanierungen erst recht in eine recht lebhaft und andauernde Agitation für unseren Verband einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Ferien. Zu diesem Thema erfuchen wir unsere Mitglieder, uns davon zu unterrichten, in welchen Betrieben und unter welchen Bedingungen Ferien an das Arbeitspersonal gewährt werden. Da diese Vergünstigung unserer Kollegenschaft nur in seltenen Fällen zuteil wird, so erscheint eine Veröffentlichung der in Frage kommenden Firmen sehr wohl am Platze.

Eine Ausnahme unter den Berliner Luxuspapierfabrikanten ist der Sommerzweigat Max Krause, Inhaber der Luxuspapierfabrik M. Krause. Derselbe gewährt dem Personal, welches vor dem 1. April des laufenden Jahres in dem Betriebe beschäftigt war, 8 Tage Ferien unter Fortzahlung des Wochenlohnes. Diejenigen Personen, welche seit dem 1. 1. 1907 in dem Betriebe beschäftigt sind, erhalten für die Ferienwoche den doppelten Lohnfuß.

Schnurrige Ansichten von den Aufgaben und Rechten des Kgl. Polizeipräsidiums und der Gewerbeinspektion zeigten in den letzten Tagen die Inhaber einer Berliner Luxuspapierfabrik. Erschienen ihnen da jüngst ihre ohnehin echt preussischen Polizeigeist atmende Arbeitsordnung verbesserungs- oder

richtiger verschlechterungsbedürftig. Mugs setzten sie sich hin und schrieben folgenden Kfas:

„Auf Anordnung des Kgl. Polizeipräsidiums resp. der Gewerbeinspektion tritt folgende Abänderung der Arbeitsordnung in Kraft: . . . Zur Sicherung gegen rechtswidrige Auflösung des Arbeitsverhältnisses seitens der Arbeiter wird vom Arbeitgeber eine Kautions im Betrage eines durchschnittlichen Wochenlohnes einbehalten. Dieser wird innerhalb vier Wochen bei der Lohnzahlung abgezogen und zwar wöchentlich 1/4 des durchschnittlichen Lohnes. Auf Wunsch des Arbeitnehmers kann die Zahlung der Kautions nach vorheriger Vereinbarung mit dem Arbeitgeber auch auf eine längere Zeit als vier Wochen verteilt werden. Bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses erhält der Arbeiter den Betrag der einbehaltenen Kautions bei seinem Austritt zurück. Durch rechtswidrige Auflösung des Arbeitsvertrages verfällene Kautions dienen zum Schadenersatz und fließen in die Geschäftskasse.“

Aber, Gott sei's geflagt! Das vor keiner Autorität den nötigen Respekt habende Arbeitervolk hatte so wenig Sinn für diese „polizeiliche Anordnung“, daß eine Kommission bestellt wurde und so energisch auf Zurücknahme derselben drang, daß man wohl oder übel dem Folge gab.

Zur Reform der Arbeiterversicherung behauptete kürzlich das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“, daß der Entwurf für die in Aussicht gestellte Abänderung der Arbeiterversicherungsgeetze fertiggestellt sei und veröffentlicht demzufolge die Grundzüge desselben. Mit dieser Angabe steht der Inhalt der Antwort des Staatssekretärs v. Wetmann-Hollweg auf die Einladung zum Krankenkassenkongreß in schroffem Widerspruch. Dort betonte der Staatssekretär, „die Vorarbeiten seien noch nicht so weit gefördert, daß sie für die Beratungen als Unterlage dienen könnten. Nunmehr erfährt eine Zeitungs-korrespondenz über den Stand der Vorarbeiten, daß das Reichsamt des Innern bereits vor längerer Zeit verschiedene grundlegende Fragen den Bundesregierungen mit der Bitte um Prüfung und Beantwortung vorgelegt hat. Die Äußerungen der Regierungen würden voraussichtlich bis Ende Juni eingegangen sein. Auf Grund der Antworten soll erst an die Ausarbeitung des Reformplanes herangetreten werden. Daneben soll Vertretern aller beteiligten Kreise Gelegenheit gegeben werden, ihre Anschauungen und Wünsche vorzubringen. Ein Anfang in dieser Richtung soll dadurch gemacht werden, daß am 11. Juni zur Klärung der Frage, wie künftig das Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Ärzten gestaltet werden soll, eine Besprechung im Reichsamt des Innern stattfinden wird. Einladungen zu dieser Besprechung ergehen an Vertreter der verschiedenen Gruppen einerseits der Ärzteschaft, andererseits der Kassenverwaltungen, sowie an einige andere erfahrene Männer der Wissenschaft und der Praxis.“

Soweit die Korrespondenz. Danach scheint das „Zentralblatt“ Unrecht zu haben und es erübrigt sich ein Eingehen auf seinen angeblichen Entwurf. Zu viel Vertrauen dürfen aber die Beschäftigten insbesondere nicht haben. Daß man ihren Einfluß vermindern will, ist schon durch die bräutliche Ablehnung der Teilnahme an dem Krankenkassenkongreß als sicher anzunehmen. Warten wir ab.

Quittung.

Für die ausgesperrten Etuisarbeiter und Arbeiterinnen in Pforzheim gingen bei der Verbandskasse ein:
Von der Werkstube Hübel und Denk in Leipzig 9,65 M.
Weitere Gaben nimmt die Verbandskasse gern entgegen.
E. Gaucisen.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau XV. Königreich Württemberg, Hohenzollernsche Lande und Großherzogtum Baden, südlicher Teil mit Karlsruhe. Gauborort Stuttgart: Ost. Schröter, Stuttgart, Hauptstr. 4 III. (Alle Aufnahmen, An- und Abmeldungen, Beitragszahlungen sind an W. Büttner, Stuttgart-Gablenberg, Hauptstr. 136, zu richten.) Vertrauensmann für Trossingen: P. Strahm, Bismarckstraße; für Geislingen a. St.: R. Wolfmeier, Hohenzollernstraße 63; für Schwemmingen: P. Hoog, Varenstraße; für Schramberg: P. Freyhofer, Hauptstraße 31; für Saulgau: E. Gollmar, Hauptstr. 89.

Vertliche Bevollmächtigte.

Fürth i. B. L. Scherb, Fichtenstr. 28. (Alle die Zahlstelle Fürth betreffenden Zuschriften und Sendungen sind zu richten an Fr. Weinländer, Nürnberg, Reichstr. 26 I.)

Unterstützungs-Anzahler.

Fürth i. B. Reiseunterstützung wird nicht mehr abfolgt. Die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung für in Fürth ansässige Mitglieder kommt durch L. Harzer, Fürth, Poststr. 4, zur Auszahlung.

Briefkasten.

J. P. in D. Berichte, denen der Zahlstellenstempel nicht aufgedrückt ist, kommen nicht zum Ausdruck. — G. D. in M. Eine „Berliner Buchbinder-Zeitung“ gibt es nicht. An deren Stelle existiert jetzt die „Deutsche Buchbinder-Zeitung“, Berlin C., Wallstraße. — M. K. in S. „Arbeitgeber-Zeitung“ Nr. 21 vom 24. Mai, Titelseite. — B. G. in E. Soll die Kopie zurückgeschickt werden? — G. L. in D. Inzerate finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Literarisches.

Proletarierkrankheit und kranker Proletarier. Ein Beitrag zur Hebung der Volksgesundheit von D. Thomas. Verlag Buchhandlung Volkstimme. 20 Pf. Ein originelles und lehrreiches Schriftchen eines lungentranken Arbeiters, der versucht, vom proletarischen Gesichtspunkte aus einen Einblick in die Entstehung der Tuberkulose zu geben. Dabei schildert er Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, die Lebensmittel, das Gebahren von Ärzten und Krankenfassen, die Verhältnisse in Heilanstalten, die ungenügenden sozialen Einrichtungen in Familie, Staat und Gemeinde. Er bespricht das gegensätzliche Wirken von Partei und Gewerkschaft zur Hebung der Volksgesundheit. Alles in allem eine Fundgrube reichhaltigen Materials. Das Schriftchen ist von Genossen Dr. Quark mit einigen Beantwortungen versehen und verdient weitest Verbreitung.

ANZEIGEN

Unserem Lieben Kollegen
Anton Lederer
und seiner Lieben Braut
Emma Fobe
zur Vermählung die herzlichsten
Glückwünsche.
Die organisierten Kollegen der Firma
W. Oldemeyer, Nachf., Hannover.

Unsern allbeliebten Kollegen
Josef De Jong
zu seiner Vermählung mit seiner Lieben
Braut, Fräulein
Friederike Schmitz,
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen und Kolleginnen
der Zahlstelle Nachen.

Piano, Geige, Rhyth verfaßt billig
Gräferstr. 31, Berlin, Kollege Westertshausen.

Unsern werten Kollegen
Wilhelm Nöthlich
bei seiner Abreise nach Moskau ein herz-
liches Lebewohl.

Unserer werten Kollegin
Frau Auguste Kittel
zu ihrer Vermählung die besten Glück-
wünsche.
Die org. Kollegen und Kolleginnen
der Firma Schupp und Kersch, Dresden.

Weltbekannte
beste und billigste Mar-
morfirben u. Utensilien
liefert nach allen Ländern
m. Prima Referenz
Paul Szilgrist, Warm.-Lehrer
Größtes Spezialgeschäft
en gros und detail
Leipzig, Thalstr. 1 - Telephon: 10783.

Wer **Nebenverdienst** sucht
gebe seine Adresse an
Richard Meyer, Berlin, Statikerstr. 98.
Telephon Amt IV, 9286, Nebenausschl.

**Schlagrad- und
Stockpressen**
in 6 verschiedene-
nen Größen zu
billigsten
Preisen
sofort lieferbar.
Prospekte gerne
zu Diensten.
Karl Bidlingmeyer,
G. m. b. H.
Maschinenfabrik
Altbach a. Neckar
(Württbg.)

OTHWINCKLER



O. Th. Winckler, Leipzig
Lieferung ganzer Einrichtungen
für Buchbinderladen u. -Werkstatt